

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Bekanntg.-Preisliste für 1894 unter Nr. 6818.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Freitag, den 21. Dezember 1894. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

#### Noch einmal die Umsturzvorlage.

Aber weiter im Text! Es kommt noch besser, so unglaublich es scheint. Zunächst kommen wir zum § 126.

**Das bestehende Recht.** Wer durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.  
**Die Umsturzvorlage.** Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Hat der Thäter in der Absicht gehandelt, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, oder daraus gerichtete Bestrebungen zu fördern, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

und § 130.

**Das bestehende Recht.** Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.  
**Die Umsturzvorlage.** Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift.

Wir stellen den § 129a vorläufig zurück, um den logischen Zusammenhang der beiden §§ 126 und 130 nicht zu zerreißen. Hinsichtlich des § 130 hat man sich gewundert, daß die Regierung ihren alten Antrag von 1875, die Streichung der Worte „zu Gewaltthätigkeiten“, der damals vom Reichstag einstimmig abgelehnt wurde, nicht wieder eingebracht hat. Ein Blick in die von uns veröffentlichten Motive zeigt, warum die Regierung so edelmüthig war.  
Der wundervollen Auffassung der Motive stellen wir entgegen, was der erste Strafrechtslehrer der Berliner Universität, Geh. Justizrath Berner, über den Sinn des Paragraphen sagt<sup>1)</sup>:

#### Feuilleton.

#### Am Exil.

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Die Zeitungen zögerten denn auch nicht, die Nachricht zu bestätigen. Die einen registrierten sie widerwillig ohne weitere Zuthaten; die andern schmückten sie mit mehr oder weniger phantastischen Kommentaren aus. Die Kühnsten bedienten sich der Thatsache als einer Waffe, um die gänzliche Amnestie der Kommune-Verurtheilten zu fordern. Der Name René Messant war so mit einem Male aus der Dunkelheit gezogen. Freunde, die ihn völlig vergessen hatten, erinnerten sich wieder seiner. Seine Verwandten empfanden plötzlich für ihn und seine Mutter etwas von ihrer früheren Zuneigung. Man veröffentlichte seine Biographie wie üblich mit einer Menge grober Irrthümer. Ein illustriertes Blatt bat um sein Bild, um es seinen Lesern vorzuführen. Er konnte sich beinahe in dem Glauben wiegen, daß er eine berühmte Persönlichkeit geworden sei.  
Frau Messant schwebte in befriedigtem Stolz. Ein Schatten nur trübte ihre Freude. „O, wenn Dein armer Vater doch noch lebte!“ — konnte sie sich nicht enthalten, wieder und wieder zu ihrem Sohne zu sagen. Was René betraf, so befand er sich in einem sonderbaren Seelenzustande. Die französische Gesandtschaft benachrichtigte ihn,

„Es war der Reichstag, der das Wort Feindseligkeiten (Entwurf) in Gewaltthätigkeiten umänderte, um damit kundzugeben, daß die Aneignung nicht nur die Befinnung treffen, sondern auch zur That, und zwar zur gewaltsamen That antreiben müsse.“

Man sieht, wir haben noch einen dritten gesetzgebenden Faktor im Deutschen Reich, neben Bundesrath und Reichstag noch das Reichsgericht, das dem deutlichen Willen des Reichstags zuwider den klaren Sinn der Gesetze durch kluge Interpretation einfach abändert. Wer noch nicht begreift, in welcher Lage wir uns dieser Thatsache gegenüber befinden, dem ist wirklich nicht zu helfen.

Was im übrigen die Fassung des § 130 betrifft, so wird es allgemein als juristische Ungeheuerlichkeit angesehen, daß man abstrakte Institute als solche zu schützen sucht, während die konkreten Träger bereits wirklich ausreichend gesichert sind. Was soll ein Schuß der Monarchie, wo der Monarch bereits durch eine ganze Anzahl von Paragraphen geschützt ist; wo der Versuch der gewaltsamen Abänderung der Deutschen Reichsverfassung mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft wird? Die Person des Monarchen ist ausreichend genug gesichert; so weit, wie man heute geht, ist selbst die römische Kaiserzeit nicht gegangen. Zum Beweis dafür sei aus dem erwähnten Buch des Geh. Justizrath Berner folgendes angeführt:

„Erst August bedrohte die gegen den Kaiser gerichteten Passquille und Schmähschriften als Majestätsverbrechen. Schmähsreden gegen den Kaiser wurden aber von dieser Strafbestimmung nicht getroffen. Auch hat keiner der milderen späteren Kaiser schlechtweg mündliche Schmähsungen seiner Person als Majestätsbeleidigung behandelt; vielmehr ist dies nur unter Despoten der Fall gewesen.“

Die Religion schützen zu wollen, ist lächerlich. Man kann nur die Verletzung des religiösen Gefühls anderer ahnden, und das besorgt der § 168 ausreichend. Wie man die Familie schützt, haben wir beim § 112 gesehen. Ehe und Eigentum sind Institutionen, die im Fluße der geschichtlichen Entwicklung stehen und durch gesetzgeberische und ökonomische Einflüsse ununterbrochen geändert werden. Ungelegliche Eingriffe, durch Diebstahl u. s. w., stehen unter zahlreichen Strafen. Ehe und Eigentum kann man doch gar nicht „beschimpfen“. Oder geht man vielleicht von Erwägungen wie beim Gotteslästerungsparagraphen aus und will verhindern, daß die „Eigentumsgefühle“ von Börsenschwindlern verletzt werden? Dem sei nun, wie ihm wolle; jedenfalls eins ist klar, daß die öffentliche Kritik aller Missethäter des gesammten politischen und gesellschaftlichen Lebens der Nation vom Staatsanwalt und der Regierung unmöglich gemacht werden kann. Das ist keineswegs übertrieben; denn in zahllosen Verleumdungsprozessen haben wir gesehen, was alles für deutsche Richter als „beschimpfend“ gilt, und man braucht gar nicht allzu weitherzig anzulegen, um jeden Vorgang des öffentlichen Lebens in eine der fünf Kategorien: Monarchie, Religion, Familie, Ehe oder Eigentum einzureihen. Das ist die Knebelung des ganzen deutschen Volks in besser Form!

Wenn aber einer dazwischen zu machen wagt, wenn er sich gar zu der frechen Aeußerung: „So kann es doch eigentlich nicht mehr weiter gehen!“ versteigt, so kommt ihm der Staatsanwalt mit dem § 126 angerückt und läßt ihn auf fünf Jahre

ins Zuchthaus sperren und unter Polizei-Aufsicht stellen. Das ist wieder keineswegs übertrieben! In dieser Aeußerung wird ein findiger Staatsanwalt folgendes finden: Unbestreitbar enthält diese Aeußerung, wenn auch verdeckt, eine Drohung mit einem zwar nicht ausgesprochenen aber doch deutlich genug bezeichneten und leicht zu errathenden Verbrechen, nämlich mit der Revolution. Es braucht nur bloß ein Gendarm oder ein anderer Zeuge (Geheimpolizist etc.) erklären, er habe das auch so aufgefaßt und sei schwer beunruhigt worden, so ist der Angeklagte geliefert. Ist er als Sozialdemokrat überführt, so ist er, nach der sicher zu erwartenden Praxis des Reichsgerichts, damit ohne weiteres dem Zuchthaus verfallen. Ist er Antisemit, Freimaurer, Konservativer, Ultramontaner, so braucht er dem Zuchthaus und der Polizeiaufsicht auch noch nicht zu entgehen. Das Gericht braucht nur der Ansicht sein, er habe zwar nicht die Absicht gehabt, auf den „Umsturz“ hinzuwirken, wohl aber habe er durch seine Aeußerung darauf gerichtete Bestrebungen zu fördern gesucht.

Womöglich noch sicherer ist die Bestrafung in folgenden Fälle. Irgend jemand, ein Staatssozialist, Christlich-Sozialer oder dergleichen sagt oder schreibt: „Wenn die soziale Reform nicht energisch in Angriff genommen wird, ist die soziale Revolution unvermeidlich.“ Solche Sätze liest man heute in allen Blättern aller Parteien. Dann kann der Staatsanwalt folgendes anführen: Hier liegt zwar „prinzipaliter“ keine Drohung vor, unzweifelhaft aber „eventualiter“, daß aber diese bedingte Drohung darauf abzielt, die Umsturzbestrebungen zu fördern, unterliegt keinem Zweifel. Denn der Angeklagte (Pastor Raumann, Hofprediger Stöcker, Professor Herkner, Professor Sombart und so weiter) stellt für den Fall, daß seine Reformvorschlüge nicht durchgeführt werden, die Revolution als erlaubt dar (ich erhebe also auch noch auf grund des § 111a Anklage gegen ihn) und droht mit ihr. Er muß sich der Strafbarkeit seines Vorgehens um so mehr bewusst sein, da er ja aus den „Motiven“ wissen muß, daß seine Reformvorschlüge starke Eingriffe in das Eigentum verlangen, ohne welches der Bestand eines geordneten Gemeinwesens für unsere Anschauungen ausgeschlossen ist, und die deshalb unmöglich sind. Wenn der Angeklagte trotzdem dabei beharrt und für den Fall der Ablehnung seiner unmöglichen Vorschläge mit der Revolution droht, so ist die Absicht, den „Umsturz zu fördern“, klipp und klar erwiesen. Ich beantrage auf grund der §§ 126 und 111a 5 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Gefängnis und Stellung unter Polizei-Aufsicht. Als strafverschärfend muß gelten, daß ein Mann von dem Bildungsgrade und der Stellung des Angeklagten sich zur Förderung derartiger Bestrebungen bewegen gefühlt hat. Wer jemals in den Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen geblättert hat, wird zugeben, daß wir mit dieser Rede den Befähigungsnaehweis als deutscher Staatsanwalt erbracht haben.

Um den rein formalen Werth der Vorlage zu charakterisiren, wollen wir schließlich noch den schreienden Widerspruch zwischen dem § 111 und 126 festnageln.

Im § 111 ist die Maximalstrafe für die direkte Auf-forderung zu einem Verbrechen 3 Jahre Gefängnis, im § 126 wird die Drohung mit einem Verbrechen (wohingemerkt nicht etwa die Bedrohung einer Person) mit 5 Jahren Zuchthaus im Maximum geahndet. Also Drohung ist schlimmer als direkte Auf-forderung. Das ist sicherlich eine werthvolle Bereicherung der Jurisprudenz!

Das ist gut, antwortete das andere.  
Garnicht gut. Ich weiß nicht, wo ich wohnen soll.  
Das ist schlimm.  
Garnicht schlimm. Ich habe eine schöne Wohnung gemiethet.  
Das ist gut.  
Garnicht gut. Sie hat nur vier Wände.  
Das ist schlimm.  
Garnicht schlimm. Ich werde sie mit meiner Phantasie aus schmücken.  
Und indem Erwiderung auf Erwiderung folgte, zog sich der Dialog wie ein Band ohne Ende hin.  
Aber das ist ja das Symbol des Lebens, sagte sich René mit einem Male. Wer hätte mir gesagt, daß bei einem Rückblick auf diese acht Jahre so viele gute Tage unter all' den bösen erscheinen würden? Ich war traurig, als ich hier ankam, jetzt bin ich traurig, daß ich abziehen muß. Eine Pflanze leidet, wenn sie in fremden Boden gebracht wird. Nur mit Mühe trennt die Wurzel sich von ihm. Will man sie ihrem altgewohnten Boden zurückgeben, so ist ein neues, schmerzliches Wurzeln nöthig. Ebenso ist es auch mit dem Menschen.  
René fühlte bald, daß er etwas von seinem Ich zurückließ, indem er sich von allem, was ihn hier umgab, trennte. Nicht ohne Kühlung, die ihm die Thränen in die Augen trieb, konnte er Lebewohl sagen seinen Schülern, seinen Kollegen, dem alten Pastor Borel, der treiflichen Rosa Kranz, dem blauen See, auf dem er so oft den Flug der Möven und den Segeln der Boote gefolgt war, den Bergriesen, die er erklimmen und besiegt hatte, dem Zimmer, in

daß er das Recht habe, in sein Geburtsland zurückzukehren. Zum Schlusse des Schuljahres, der gerade einige Wochen später fiel, reichte René bei den Kantonsbehörden sein Entlassungsgesuch ein; Lucien war schon von der baldigen Ankunft René's und seiner Mutter unterrichtet, die Abreise war bereits auf den 15. April festgesetzt. Er konnte schon die Tage zählen, die er noch in der Schweiz zu verbringen hatte. Und dennoch, in dem Maße, als dieser so glänzend herbeigewünschte Moment näher rückte, wurde er von einer unüberwindlichen Melancholie erfaßt.

Er erkappte sich dabei, wie er wider Willen von Bedauern darüber erfaßt ward, die guten Menschen und die schöne Natur, in deren Mitte er gelebt hatte, verlassen zu müssen. In der Sorge vor dem Unbekannten, mit dem er sich von neuem vertraut machen mußte, dachte er mit zärtlicher Liebe an die Vergangenheit zurück, die, je weiter er sich von ihr entfernte, Farben von unerwarteter Zartheit annahm. War er gewiß, daß er niemals wieder Heimweh nach den unglücklichen Zeiten, in denen seine jugendliche Phantasie so viele glückliche Träume spann, haben würde?

Eines Abends, als er eine gemischte Freude empfand, während er die Sonne betrachtete, die hinter golden und rosig gefärbtem Gewölk verschwand, hörte er, wie zwei Kinder unter seinem Fenster ein Spiel spielten, das fast so alt wie die Welt, und schon von Bonaventura Desperiers, dem eifrigen Erzähler des sechszehnten Jahrhunderts, beschrieben wird.

Ich habe mein Haus verkauft, sagte das eine der Kinder.

Das bestehende Recht.

Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatsverrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Die Umsturzvorlage.

Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatsverrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Die Umsturzvorlage enthält, um doch einmal etwas Gutes von ihr zu sagen, in diesem Paragraphen eine kleine Aenderung zum Besseren: Statt des schenklischen „wissend, daß sie“ die korrekte Wendung „von denen er weiß“. Das ist aber auch in diesem Paragraphen alles, was zu billigen wäre. Wenn die Vorlage fortfährt, „oder den Umständen nach wissen mußte“, so macht sie es der Presse unmöglich, irgend welche Unbefehlsände nach zu sehen; denn jeder Irrthum in noch so untergeordneten Nebendingen führt zur Verurteilung. Wenn die Zeitung erzählt, in der sechsten Kompagnie wären Soldaten misshandelt worden, und es ist die fünfte, wird der Redakteur verurteilt, sobald der Richter annimmt, daß „er es den Umständen nach“ wissen mußte. Mit diesem Paragraphen kann die Regierung thun und lassen, was sie will; denn mit diesem Paragraphen wird der Staatsanwalt jeder oppositionellen Zeitung den Mund stopfen.

Ein anderes Bild! Jetzt kommt das Prachtstück der Sammlung, der Höhepunkt der ganzen Vorlage, der funktelnagelneue § 129a.

Haben mehrere in der Absicht, auf den gewaltigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, die Ausführung eines Verbrechens verabredet oder sich zur fortgesetzten Begehung wehret, wenn auch im einzelnen noch nicht bestimmter Verbrechen verbunden, so werden sie, auch ohne daß der Entschluß der Verübung des Verbrechens durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, betätigt worden ist, mit Zuchthaus bestraft.

Hören wir die Motive. Danach will der Entwurf Verabredungen und Verbindungen, welche zur Vorbereitung von Verbrechen irgend welcher Art dienen, unter Strafe stellen, falls die Teilnehmer in der Absicht gehandelt haben, auf den gewaltigen Umsturz der Staatsordnung hinzuwirken. Die anderwärts gemachten Wahrnehmungen zeigen, wie nahe zufolge der in anarchischen Versammlungen und Schriften befindlich wiederkehrenden Aufregungen gegen die bestehende Ordnung die Gefahr liegt, daß Anhänger solcher Bestrebungen sich zusammenschließen, sei es um unmittelbar zur That überzugehen, sei es, um sich, ohne zunächst schon bestimmte Handlungen ins Auge zu fassen, für die gelegentliche Ausführung ihrer verbrecherischen Pläne in Bereitschaft zu setzen. Die Höhe der angedrohten Strafe wird keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen.

Wir bitten alle Leser, den Wortlaut der Motive und des Gesetzes ganz genau durchzulesen, um sich klar zu machen, was eigentlich gegen die sozialdemokratische Partei geplant ist! Wenn wir statt des Wortes „anarchischen“ das Wort „sozialdemokratischen“ einsetzen, und uns vergegenwärtigen, daß das Gesetz keine bestimmte Verabredung für irgend ein bestimmtes Verbrechen verlangt, sondern daß der bloße Zusammenschluß der „Umstürzler“, um sich für die gelegentliche Ausführung ihrer verbrecherischen Pläne in Bereitschaft zu setzen, genügt, um den Thatbestand dieses Paragraphen zu begründen, wenn wir uns weiter klar machen, wie die Regierung gegen uns gekommen ist und endlich daran denken, daß der § 129a ein Zusatz zu den §§ 128 und 129 ist, die von Vereinen und Verbindungen handeln, so ist nur allzu klar, daß die Regierung einen Schlag gegen uns plant, gegen den das Sozialistengesetz ein wahres Ruderstiel war! Wir sind fest davon überzeugt, es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Vernichtung aller sozialdemokratischen Organisationen! Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. An demselben Tage können die Staatsanwälte alle Mitglieder der Wahlvereine, der Bildungsvereine, den ganzen Parteilistenstand, wahrscheinlich auch alle Redaktionen auf Grund dieses neuen Paragraphen verhaften und ins Zuchthaus sperren lassen! Das Reichsgerichts-Erkenntnis, das dazu nötig ist, werden wir wohl bald bekommen! Das ist eine Kleinigkeit, wie wir oben ausgeführt haben. Im § 129a steht klipp und klar: Jeder „Umstürzler“, der sich mit andern irgendwie verbindet, kommt ins Zuchthaus; und man wird interpretieren: „Umstürzler“ und „Sozialdemokrat“ sind zwei Bezeichnungen, die dasselbe bedeuten! Das ist also des neuesten Kurses neueste Wahrheit: Jeder Sozialdemokrat kommt in's Zuchthaus! Leider kann man ja nun den vierten Theil des deutschen Volkes nicht einsperren, aber alle die Leute, die irgend wie eine führende Stellung in der Partei haben, werden Sträflingskleid anziehen müssen! Und sollten sie versuchen, sich dadurch zu retten, daß sie aus allen Vereinen, die ja damit so wie so aufgelöst sind, austreten, so folgt man dem Beispiel der Chemnitzer Behörden und erklärt die sozialdemokratische Partei als solche

dem er noch das Bild der blonden Annette zu gewahren glaubte.

In dem Zuge, der ihn mit seiner Mutter weit fort trug von all' den Wesen, die mit seinen Freuden und Leiden innigst verwebt waren, die einen integrierenden Bestandtheil seines Daseins ausgemacht hatten, die weiter in ihm und ohne ihn leben würden und die er gewiss nie wieder sah, empfand er schon, daß aus dem Exil zurückkehren so viel heißt, wie von neuem in das Exil gehen.

Zweiter Theil.

Die Heimkehr.

X.

Der Zug fuhr schon seit Stunden; die aufgehende Sonne mischte allmählig in das Grau des bewölkten Himmels einen zartrosigen Farbenton, als René, der eben aus dem unruhigen Schlafe erwachte, den schließlich die Ermüdung von der Reife, das Rollen des Waggons erzeugt, durch den Vorhang einen Blick hinaus warf und einen dumpfen Laut der Ueberreaktion ausstieß. Der Fluß, der sich wie ein silbernes Band durch das Thal schlängelte, gewiß! das war die Seine. Die dunkle Masse, die dort die Hügel krönte, das war der Wald von Fontainebleau! Sein Herz schlug stärker. Mit weit geöffneten Augen sah er schnell wie der Wind in dem grauen Nebel des anbrechenden Tages die Bahnhöfe und Dörfer der Pariser Bannmeile vorüberfliegen. Gewisse Namen, gewisse Umrisse, die er im Vorüberfliegen erkannt hatte, weckten in den Tiefen seines Gedächtnisses das Echo fernere, trauer Erinnerungen. War es nicht seine Vergangenheit, seine Kindheit, der Frohsinn vergangener Tage, die hier an ihm vorüberzogen?

Vois le Roi! Er sah sich plötzlich als Schüler in den Ferien stolz Berge von dreißig Meter Höhe erklimmen und in der Einde, die er sich als eine schreckliche Wildniß vorstellte, Robinson spielen. Bruno! Die wohlbekannten

für einen Hiesigenverein und dann hat man alle Mitglieder, die man haben will, im Sad!

Damit hätten wir den Artikel I der Vorlage (Strafges.) erledigt. Ueber die Artikel II und III nur wenige Worte. Der Artikel II verlangt, daß im Militär-Strafgesetzbuch der § 42 dahin abgeändert werden soll, daß Personen des Beurtheilungsstandes, die wegen irgend welcher politischen Vergehen zu mehr als sechs Wochen Gefängnis verurtheilt worden sind, vom Militärgericht degradirt oder aus dem Dienste entlassen werden können. Diese Bestimmung reicht sich dem Zuchthausparagrafen 129a würdig an. Denn sie setzt die politischen Uebelthäter denen gleich, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, also Wärdern, Dieben, Fehlern, Räubern, Betrügnern, Urkundenfälschern u. s. w.

Sie darf uns ja auch nicht Wunder nehmen, nachdem Herr Staatssekretär Niederding im Reichstage erklärt hat, die gemeinen Verbrecher seien unter den Sozialdemokraten ganz besonders zahlreich.

Der Artikel III (Friedges.) möchte der gesammten oppositionellen Presse den Garau machen; denn er ermächtigt die Staatsanwaltschaft zur Beschlagnahme ohne richterliche Genehmigung, wenn der Inhalt gegen die Umsturzparagrafen verstößt. Da man kaum ein Wort schreiben kann, worin der Staatsanwalt nicht den Thatbestand eines Umsturzverbrechens erblicken könnte, so ist mit diesem Paragraphen die ganze Presse in die Hände der Regierung gegeben, die jedes Blatt durch fortgesetzte Konfiskationen vernichten kann. Tag unsere Presse damit ruiniert werden soll, unterliegt keinem Zweifel. Betsacht sperrt man auch alle Redakteure ins Zuchthaus auf Grund des § 129a; denn auch eine sozialdemokratische Redaktion ist doch schließlich „eine Verbindung zum Zwecke des Umsturzes“.

Wir sind am Ende. Die Vorlage ist vollständig unannehmbar.

Sie ist nicht mehr und nicht weniger, als die völlige Vernichtung aller Freiheiten des deutschen Volkes! Sie ist die vollständige Vernichtung der Freiheit der Gedanken, der Rede und der Schrift, der Freiheit der Wissenschaft, der Kunst, des gesellschaftlichen und politischen Lebens! Sie will den vierten Theil des deutschen Volkes knebeln und knechten und wie tolle Hunde vom übrigen Theil der Nation absperren! Das Gesetz ist unter Aufrechterhaltung der äußerlichen konstitutionellen Formen die Erklärung des Absolutismus!

Das deutsche Volk steht vor der ernstesten Entscheidung, die es seit der Gründung des Deutschen Reiches getroffen hat! Es muß sich darüber entscheiden, ob es dulden will, daß ihm die wichtigsten Freiheiten, die es mühsam errungen hat, mit einem Federstrich wieder genommen werden!

Politische Uebersticht.

Berlin, den 20. Dezember.

Der preussische Landtag soll zum 8. Januar einberufen sein, er wird demnach am gleichen Tage seine Sitzungen beginnen wie der Reichstag und mindestens bis Ostern mit ihm gleichzeitig tagen. Man ersieht hieraus, wie eifrig die Regierungen für die Beschlußfähigkeit der Parlamente bejorgt sind. Es ist doch klar, daß bei der großen Anzahl von Abgeordneten, die gleichzeitig Mitglieder des diätenzahlenden preussischen Landtages und des diätenlosen Deutschen Reichstages sind, die Beschlußfähigkeit des Deutschen Reichstages durch das Zusammenstehen mit dem Parlamente des größten deutschen Bundesstaates schwer leiden muß.

Aber die bösen Sozialdemokraten sind natürlich, nach der offiziellen Presse, schuld, wenn das Volk von der Beschlußfähigkeit des Reichstages Kenntniß erhält.

Ueber die Aufgaben des preussischen Landtages verlaute noch nicht viel. Außer dem Etat soll ihm ein neues Stempelsteuer-Gesetz zugehen, wodurch der Geschäftsverkehr ganz erheblich mehr belastet werden soll und wodurch für Preußen der Quittungstempel eingeführt werden dürfte, auf dessen Annahme durch den Reichstag Herr Miquel verzichtet mußte. Angeblich wird auch dem Landtage eine Ergänzung der Umsturzvorlage in der Form einer Aenderung der Vereins- und Versammlungs-Gesetzgebung zugehen, wodurch das ohnedies überaus reaktionäre preussische Gesetz auf das Niveau des königlich sächsischen herabgedrückt werden soll.

Die Beschlußunfähigkeit des Reichstages. Nach dem amtlichen Bericht über die letzte Reichstags-Sitzung haben bei der Anzählung des Hauses nicht weniger als 237 von 397 Abgeordneten unentschuldig gefehlt. Die sämmtigen Abgeordneten vertheilen sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt, wobei die in Parenthese gestellte Fiffer die Stärke der Fraktion angiebt: Konervative 85 (60), Reichspartei 18 (28), Centrum 58 (100), Nationalliberale 19 (52), Freisinnige Vereinigung 3 (14), Freisinnige Volkspartei 12 (23), Süddeutsche Volkspartei 8 (11), Polen 15 (19), Deutsch-sozial Reformpartei 11 (15), Sozialdemo-

kraten schienen ihm im Vorüberfahren zuzurufen: Erinnerst Du Dich unser noch? Ein Vöcklein, das zwischen Weiden austauschte, schien ihn mit einem Bächeln zu begrüßen. Weißdornbüsche, die einen Hohlweg begrenzen, tauchten durch einen Nebelschleier geheimnißvoll und vertraut zugleich auf, wie Schatten von Freunden, die ihn willkommen hießen. Für die Natur, die ihn umgab, war er kein Fremder mehr.

Villeneuve-Saint-Georges! O die schönen Kabypartien, die er dort mit einer Schaar Kameraden, deren Lieder und fröhliches Lachen er noch zu hören glaubte, gemacht hatte! Aber wo waren sie jetzt, die Kameraden früherer Tage? wo sein Vater? wo seine Hoffnungen, seine Träume von Glück? Entschunden, weit fort wie die Bäume, die Häuser, die Wiesen, die in einem Augenblicke aufsaugten und in wilder Hast wieder entflohen! War es denn möglich, daß all diese Dinge so ganz dieselben geblieben waren, während er so verändert zurückkehrte, während er sich vergebens nach seinen liebsten Gefährten aus seinen Jugendjahren umsah, während er vergebens nach seinem früheren Ich suchte? Er staunte, wußte nicht, sollte er lachen oder weinen, empfand Schwingungen bald der Freude, bald der Ungeduld, schalt den Gypsezug einen Bummelzug, — endlich waren die Festungswerke erreicht, und nun schnürte ihm eine unwiderstehliche Gewalt die Kehle zusammen. Dennoch waren die hohen, düstern Häuser, die mit Plakaten in schreienden Farben bedeckt waren, die Kohlenhaufen, das Gewirr sich freuzender Schienen, die langen Reihen leerer Waggons, die Jüge, die pfeifend nach allen Richtungen vorüber rollten, die Schuppen, in denen Tugende von Lokomotiven zur Abfahrt bereit gleich fest im Baume gehaltenen feurigen Pferden stampften, unter dem matten Licht, das von dem bleigrauen Himmel fiel, weit davon entfernt, einen bestechenden Anblick darzubieten. Gleich viel! Es war Paris, und René betrachtete sein Paris mit den Augen des aus dem Exil Heimkehrenden, d. h. mit den Augen eines Liebenden. (Fortsetzung folgt.)

kraten 86 (46). Die konservativen Fraktionen waren hier nach besonders schwach vertreten.

Die Entrüstung der bürgerlichen Parteien über die Sozialdemokratie, welche angeblich die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt hat, ist somit eine der üblichen Heucheleien, für die kein Wort der Verachtung groß genug ist.

In ihrer Eucht, den Fall Liebliecht um jeden Preis für die konservativ-agrarischen Parteizwecke ansuschlachten, schent die „Kreuz-Zeitung“ auch die größten Widersprüche in den eigenen Spalten nicht. So schrieb das Blatt in seinem Artikel: „Die äußere Politik der Woche“, daß „unabweidliche Anzeichen“ dafür vorliegen, daß in dem „schmachvollen Verhalten unserer Sozialdemokraten bei der Eröffnungs-Sitzung des Reichstags“ es sich um ein „planmäßiges Vorgehen der internationalen Sozialdemokratie gegen die Monarchie als solche handelt“.

Zwei oder drei Tage später aber veröffentlicht dieselbe „Kreuz-Zeitung“ an der Spitze des Blattes eine Zuschrift des konservativ-antidemokratischen Reichstags-Abgeordneten Dr. Frhr. v. Langen, in der es u. a. heißt: „Alsdann hat dieses Verhalten der Sozialisten, das gewiß kein beabsichtigtes war — hätten sie demonstrieren wollen, so wären sie vollständig erschienen — und ihnen selbst jetzt höchst unbequem ist, uns zu rechter Zeit auf eine Lücke unserer Verfassung aufmerksam gemacht.“

Während also die „Kreuz-Zeitung“ in der zufälligen Anwesenheit unserer Genossen während des Hochs auf den Kaiser ein planmäßiges Vorgehen erblickte, läßt Herr v. Langen diesen Zufall unserer Partei selbst höchst unbequem sein. Obwohl sich aber Redaktion und Mitarbeiter in der Beurtheilung der Ursache des Vorgehens in direktester Weise widersprechen, darüber sind sie sich einig, daß der Fall zu konservativen Parteizwecken in der rücksichtslosesten Weise fruktifizirt werden muß. Hiß, was helfen kann, das ist eben die Lösung der Kerutruppe des Kampfes für Sitte, Moral und Religion.

Politische Demonstration — oder Höflichkeitshybraje? Man schreibt uns: In einmüthigem Chorus verdammen unsere Gegner das Eigenbleiben der Sozialdemokraten, wenn nicht als Majestätsbeleidigung, so mindestens als eine „Ungezogenheit“, eine plumpe Geschmacklosigkeit“ u. s. w. Herr Wittkowski alias Gorden weiß sogar von „Brutalität“ zu berichten, der er indeß bei seiner berühmten Kraftmenschenliebe nicht ganz unsympathisch gegenübersehen kann.

Wir müssen uns gegen die Beurtheilung der fraglichen Handlung, die in diesen Worten liegt, nachdrücklich verwahren, da dieselbe von einer ganz verkehrten Auffassung ausgeht.

In jeder gebildeten Gesellschaft gebietet der Anstand, die Gefühle der Mehrheit nicht zu verletzen.

Folgerung: Wer im Reichstag gegen die „Liebesgaben“ protestirt, verletzt die Gefühle der Agrarier und Großindustriellen, der Majorität; er handelt unanständig und wird bei einer Aenderung der Geschäftsordnung kräftigst am Kragen gepackt und — hoffentlich! — vor die Thür gesetzt werden! Und wer von den Sozialdemokraten bei der Abstimmung über ein neues Sozialistengesetz sitzen bleiben würde, ist schärfstens zu diszipliniren! Kann man doch zum mindesten von ihm verlangen, daß er den Sitzungssaal vor der Abstimmung verläßt. Wer kann die Logik dieser Folgerung anfechten? Ist sie nicht ganz die gleiche, die zu jenen entrüsteten Anstands-pankreien gegen das Eigenbleiben beim Kaiserhoch geführt hat? Oder sollte das Kaiserhoch keine politische Demonstration sein?

Indessen, bis die berühmte Geschäftsordnungsänderung ausgeführt ist, kommen noch die gegenwärtigen Bestimmungen in Anwendung; und nach diesen Bestimmungen darf die Minderheit ihre abweichende Ansicht äußern. Sie darf die Liebesgaben belächeln, sie darf jede Gesetzesbestimmung angreifen, sie darf beim Kaiserhoch sitzen bleiben. Denn das Kaiserhoch ist thatsächlich eine Meinungsäußerung der Reichstagsmajorität, wie jede andere, eine politische Kundgebung, die der Präsident im stillschweigenden Auftrage der Mehrheit inszenirt, gleichwie er jeden Beschluß derselben vollzieht. Dieser Meinungsäußerung der Mehrheit gegenüber hat die Minderheit das Recht, und auch die Pflicht, ihre abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen — in ganz derselben Form, wie bei anderen Meinungsäußerungen. Und die Form des Eigenbleibens ist die anständigste und parlamentarisch gebräuchlichste, die es giebt. Wir protestiren gegen die Anwendung einer beliebigen gesellschaftlichen Anstandsregel auf den politischen Kampf. Sie bedeutet eine Herabwürdigung des Reichstags von einer politischen Arena zu einem Ballsaal, zu einer Komödie.

Seltam ist das Mißgeschick, das den Entrüstungshelden bei der Wahl ihres Kostüms passiren muß. Der Lämmerpelz der Anstandsmeierei ist zu kurz gerathen, um das Wolfsfell der politischen Individualität zu bedecken; und so begreifen wir Ursprung und Sinn des ganzen Entrüstungstummels. Und siehe da den frömmern Häutern jener frommen Lämmerherde, Freiherrn von Mantouffel! Durch seinen Riß seines härenen Hirtengewandes schauen wir die Wolfsnatur, die der Agrarier nimmermehr verbergen kann.

Herr v. Köller, von einem Freunde geschildert.

Die regierungsfremde „Kölnische Zeitung“ schreibt: „Herr v. Köller, der neue Minister des Innern, wandelt in den Fußstapfen des Reichstags-Abgeordneten; seine Freunde stehen immer eine gewisse Angst aus, sobald er sich zum Wort meldet, und seine Gegner richten sich auf eine möglichst vergnügte Stimmung ein.“

Das Centrum und die Umsturzvorlage. Der in Münster erscheinende „Westfalen“ hatte gegenüber „einigen kleineren Centrumsblättern“, welche seines Erachtens die Umsturzvorlage in zu weit gehender Weise belämpften, auf eine Vorstellung hingewiesen, welche die preussischen Bischöfe auf der vorigen Fuldaer Konferenz an den damaligen Reichskanzler Grafen Caprivi gerichtet hätten. Mit direktem Bezug auf diese Vorstellung hieß es:

„Eine Eindämmung der maßlos heberischen Agitation der Sozialdemokratie, die weder Religion, noch Sittlichkeit respektirt, durch gesetzgeberische Maßnahmen, liegt durchaus im Wunsch und Willen des preussischen Episcopats.“

Die „Kölnische Volks-Zeitung“ weist diesen Versuch, mit Berufung auf die Fuldaer Bischofs-Konferenz für die Umsturz-Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt Stimmung zu machen, in ihrer Weise zurück. Sie schreibt, die Sozialdemokratie werde in dem ganzen Altentück kaum erwähnt und von besonderen Maßregeln irgend welcher Art gegen dieselbe sei nicht die Rede

darin. In ganz allgemeiner Fassung, heißt es in der „Kölnischen Volks-Zeitung“, beklagt der Episkopat die wachsende verderbliche Wirkung der religions- und sittenfeindlichen Literatur-Erzeugnisse, die Verbreitung und den Einfluß der positivistischen und materialistischen Denkwelt durch populäre Schriften, die Untergrabung der Religion und Sittlichkeit durch schlechte Romane und Theaterstücke.“

Besondere Maßregeln gegen die Sozialdemokratie seien aber von der Bischofskonferenz nicht gefordert worden. Ueber die gegenwärtige Umsturzvorlage speziell heißt es dann: „Für uns — und wir glauben auch für die Zentrumskraktion — ist die sogenannte Umsturz-Vorlage, so wie sie ist, unmöglich. Ob sie theilweise annehmbar ist, wird sich im einzelnen erst bei der Spezialberatung des Entwurfs herausstellen; bei dieser wird auch der Frage näher zu treten sein, ob sich nicht eine Ergänzung empfiehlt, und in dieser Hinsicht verdienen die Anregungen der bischöflichen Vorstellung vollste Beachtung.“

Also bei der theilweisen Annahme ist auch die „Kölnische Volks-Zeitung“ schon angelangt, die doch von allen ihren kirchlichen Kollegen sonst den freiesten Blick besitzt.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung der Vorlage betreffend den Entwurf zum Besoldungs- und Pensionsetat der Reichsbankbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums für das Jahr 1893 die Genehmigung erteilt. Die Vorlage betreffend die Abänderungen der Dienstvorschriften zu dem Gesetze betreffend die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande, die Vorlage betreffend den Entwurf von Vorschriften zur Abänderung der Schiffsvermessungs-Ordnung vom 20. Juni 1888, die Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen anderweiter Ordnung des Finanzwesens des Reichs, sowie die Vorlage betreffend den Entwurf eines Tabaksteuer-Gesetzes wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Vorlagen betreffend die Denkschriften über die in unmittelbarer Verwaltung des Reichs stehenden Schutzgebiete mit Ausnahme der Togo-Kolonie und betreffend eine Denkschrift über die Verwendung des Afrikafonds wurden zur Kenntniß genommen. Dem mündlichen Berichte des dritten und vierten Ausschusses über die Vorlage vom 14. Dezember dieses Jahres betreffend die Herstellung der Kontingente in landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien für das laufende Betriebsjahr wurde die Zustimmung erteilt. Ferner wurde beschlossen, dem Reichstag beschluß wegen Vorlegung des Entwurfs eines Genußmittelgesetzes zur Zeit keine Folge zu geben.

Nicht der Mühe werth. Ein Blatt verbreitet: Die Sozialdemokraten wollten in den Weihnachtsferien einen Versammlungssturm gegen die Umsturz-Vorlage organisiren. Wir wissen nichts von einem derartigen Plan. Die Nieberding'sche Rede ist besser als 1000 Versammlungen.

König Stumm und das neue Anebelgesetz. Die „Kölnische Volkszeitung“, auf welche sich Lieblincht gegenüber der Ablehnung des Herrn v. Stumm bezogen hatte, veröffentlicht folgendes:

**Wichtigstellung.** In dem Leitartikel der Nummer 738 der „Kölnischen Volkszeitung“ heißt es, der Abgeordnete Herr v. Stumm habe in der Reichstags-Sitzung vom 12. Dezember d. J. es als eine Verleumdung bezeichnet, daß er der Vater der Umsturzvorlage sei. Wir stellen bezeichnend fest, daß die fragliche Aeußerung des Herrn v. Stumm dahin ging, es sei eine schamlose Verleumdung, daß er sich für seine Mitwirkung beim russischen Handelsvertrag das Umsturzgesetz habe versprochen lassen; auch könne man ihn doch nicht den „Vater“ eines Gesetzes nennen, das ihm lange nicht weit genug gehe.

Wiederwiderwärtig ist die schriftliche Erklärung, in welcher Herr v. Stumm das Umsturzgesetz als Kuppelpetz für seine Beihilfe beim russischen Handelsvertrag sich von den Hochschöhen geschüttelt haben will, uns bis zum heutigen Tage noch nicht zu Gesicht gekommen, obgleich wir eifrig danach forschten. Es scheint in der That unter Aufsicht der Öffentlichkeit — veröffentlicht worden zu sein. Vielleicht besorgt uns Herr v. Stumm selber ein Exemplar.

**Eine neue geistige Waffe gegen die Sozialdemokratie.** In der „Chronik der christlichen Welt“ wird über einen recht interessanten Fall von Anwendung der sogenannten Kirchenzucht gegen eine sozialdemokratische Agitatorin berichtet. In Münden bei Hanau präsentirte vor einiger Zeit dem Ortspfarrer Strobel ein Arbeiter als Patin seines Kindes eine Dame, die vorher als sozialdemokratische Agitatorin in Münden geredet und dabei sich öffentlich christenfeindlicher Aeußerungen schuldig gemacht haben soll.“ Der Pfarrer erklärte, daß diese Patin bei der Taufe nicht mitwirken dürfe. Daraufhin wendeten sich die Eltern des Kindes an den Pfarrer Battenberg in Frankfurt, der sich bereit erklärte, die Patin anzunehmen und die Taufe zu vollziehen, und zu dem Zweck von dem zuständigen Pfarramt das Dimissoriale, das hierzu notwendig war, erbat. Dies wurde aber unter bestimmter Motivirung verweigert. Auch das Konsistorium in Kassel verhielt sich ablehnend. Auf Beschwerde beim Kultusminister hat dieser aber ohne weitere Verhandlungen das Konsistorium „ermächtigt“, das Dimissoriale auszustellen, was denn auch geschah, zum geheimen Geauen der Orthodoxen.

Die Liebe scheint jedenfalls nicht der hervorsteckendste Charakterzug des Hanauer Ortspfarrers zu sein. Wir überlassen ihm die Beantwortung der Frage, ob sein Vorgehen mehr dem von ihm geleiteten Christenthum oder der Sozialdemokratie geschadet hat.

**Als schändbares Material zur Begründung der Umsturzvorlage** (§ 130a: Angriffe auf die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum) wird sich die Regierung folgende von der „Kölnischen Volks-Zeitung“ veröffentlichte Uebersetzung eines Briefes, welchen eine polnische Dienstvermittlerin an einen Grafen O. in Lemberg sendet, sicherlich nicht entgehen lassen:

**Doch mögender Herr Graf!**  
Ich theile Ev. Hochwohlgeb. Hochadelgeb. mit, daß ich ein Stubenmädchen für Sie habe; es ist ein Mädchen von herrlichem Körperbau, — — — wunderschön — — — eine Büchsette mit schwarzen, großen Augen, sie hat eine sammtweiche Haut wie ein Räucher. Es zählt 17 Jahre und stammt aus der besseren Klasse. Ein derartiges Prachtexemplar hatte ich schon lange nicht; ersuche daher Ev. Hochwohlgeb. Herrn Grafen, sich zu bemühen; ein Mädchen von solcher Klasse, die alles schön hat, ist selten zu finden. Heute um 8 Uhr ist sie zu treffen, der Herr Graf werden sicher an ihr Gefallen finden und sie eine Zeit lang anhalten.

Ihre ergebenste Dienerin  
M. T.

Die Gensdarmenmeisterin scheint eine ganze Anzahl solcher „Eckeln und Besten der Nation“ zu ihren

„Kunden“ zu zählen, da sie dem Herrn Grafen die „Vorhand“ läßt. Wenn E. Hochadelgeboren kein Gefallen mehr an ihr findet, wird die Sklavenhändlerin wohl „anderweitige Verwendung“ für „Waare zweiter Güte“ haben.

**Generalstaatsanwalt Feld,** der juristische Referent des sächsischen Gesamtministeriums, ist heute Nachmittag gestorben. Er war ein tüchtiger Jurist, der nach außen das Dekorum zu wahren verstand. Abgesehen von einigen Reden vom Bundesrathstische wurde er durch eine Rede bekannt, in der er es als die Aufgabe der Staatsanwaltschaft bezeichnete, nicht nur die den Angeklagten belastenden, sondern auch die entlastenden Momente hervorzuheben. Von einer Wirkung dieser Ermahnung ihres obersten Chefs ließen die sächsischen Staatsanwälte bisher recht wenig merken.

**Der antifemitische Reichstags-Abgeordnete Leuß** ist heute wegen Meinids zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. Wie die Dinge standen, war ein anderer Ausgang nicht zu erwarten. Natürlich ist mit der Verurtheilung zu Zuchthaus, das die Ehrenrechte aufhebt, auch das Reichstagsmandat erloschen, das Leuß nicht freiwillig niedergelegt hatte.“ Eins fühlen wir uns aber verpflichtet, hier anzukündigen: Leuß hat nicht aus unehrerbhaften Beweggründen die Handlung begangen, die er jetzt so schwer büßen muß. Er war in einen tragischen Konflikt der Pflichten gerathen und suchte durch eine Unwahrheit die Ehre einer Frau zu retten. Und es drängt sich uns bei dieser Gelegenheit die Frage auf, ob nicht in allen derartigen Fällen, wo die Möglichkeit eines Pflichten- oder Gewissens-Konflikts so nahe liegt, von der Vertheidigung prinzipiell abgesehen werden sollte.

Die Frau, der Leuß durch seine falsche Aussage die Ehre und den guten Ruf zu erhalten suchte, ist, wie man uns telegraphirt, nun auch wegen Meinids unter Anklage gestellt, was wir jedoch kaum glauben können. Denn in dem ersten Prozeßverfahren, das Leuß verdröbt wurde, war sie des Ehrbruchs angeklagt und konnte also nicht als Zeugin auftreten und unter Eid gestellt werden. Und in dem zweiten Verfahren, dem Meinidsprozeß gegen Leuß, war ihre Lage doch eine solche, daß uneres Erachtens eine Vertheidigung nicht stattfinden konnte. Die nächsten Stunden werden Aufklärung bringen.

**Das Reichstags-Mandat des Wahlkreises Schwabmühlthal-Wienhausen** ist durch die Mandatniederlegung von Leuß erledigt. Am 15. Juni 1893 erhielt Leuß als antifemitischer Kandidat 3809 Stimmen, auf die deutsche Reichspartei fielen 4280, auf die freisinnige Volkspartei 2844 und auf den Kandidaten unserer Partei 3765 Stimmen. Da ein Rückgang der antifemitischen Stimmen zu gewärtigen ist, so werden unsere Genossen, falls sie es an dem nöthigen Eifer nicht fehlen lassen, in die Stichwahl kommen.

**Die Invaliditäts- und Altersversicherung im Jahre 1893.** Die dem Reichstag vorgelegte, im Reichs-Versicherungsamt angefertigte Rechnung der Geschädigten und Rechnungsergebnisse der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten für das Rechnungsjahr 1893 umfaßt die sämtlichen 31 Versicherungsanstalten des Deutschen Reichs.

Wie die Nachweisung erkennen läßt, sind für diese Versicherungs-Anstalten mit insgesammt 147. Vorkassamitgliedern, 28 Hilfsarbeitern der Vorkasse, 618 Ausschussmitgliedern, 60 300 Vertrauensmännern, 297 Kontrollbeamten, 606 Schiedsgerichten, 5914 besonderen Marken-Verkaufsstellen, 4642 mit der Einziehung der Beiträge betrauten Krankenkassen und 2862 in gleicher Weise mitwirkenden Gemeindebehörden und sonstigen von der Landes-Zentralbehörde bezeichneten Stellen an Entschädigungsbeträgen 18 356 168,55 M. für Altersrenten und 2 797 596,06 M. für Invalidenrenten, zusammen 16 133 759,61 M. gezahlt worden.

Die Zahl der bewilligten Altersrenten betrug 81 176, die der Invalidenrenten 33 228, zusammen 64 404.

An Verwaltungskosten sind aufgewendet worden 4 681 803,98 M., was für den Kopf des Versicherten eine Ausgabe von etwa 0,50 M. ergibt oder 5,21 pCt. der Gesamteinnahme an Beiträgen (der erhobenen Prämie) ausmacht. Von den Verwaltungskosten entfallen 921 195,44 M. auf die Kosten der Einziehung der Beiträge (§ 112 Abs. 3 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes), 503 210,55 M. auf die Kosten der Kontrolle (§ 128 a. a. O.) und 324 598,03 M. auf die Kosten der Schiedsgerichte.

Die Gesamteinnahme aus Beiträgen betrug sich mit Einschluß der Beiträge für Seekente auf 59 862 206,72 M.

Die Zahl der verlaufenen Beitragsmarken beträgt rund 98 Millionen in Lohnklasse I, 170 Millionen in Lohnklasse II, 100 Millionen in Lohnklasse III und 61 Millionen in Lohnklasse IV, an Doppelmarken werden rund 188 000 als verkauft nachgewiesen.

Der Antheil der Versicherungsanstalten an den bis zum Schluß des Jahres 1893 vom Rechnungsbureau endgiltig vertheilten Renten (§ 60 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes) ergibt bei 208 529 Einzelfällen an Altersrenten und 46 485 Einzelfällen an Invalidenrenten, zusammen 255 014 einen Jahresbetrag von 14 859 545,14 M. für Altersrenten und 2 876 829,19 M. für Invalidenrenten, zusammen 17 736 374,33 M.

Diese Rentenbelastung repräsentirt einen Kapitalvertheil von 88 205 428 M. für Altersrenten und 24 882 550 M. für Invalidenrenten, zusammen 108 087 978 M.

Bis zum Schluß des Jahres 1893 sind 86 553 Altersrenten und 8670 Invalidenrenten, zusammen 45 229 Renten mit einem auf die Versicherungskassen entfallenden Jahresbetrage von 2 608 117,04 M. für Altersrenten und 526 348,28 M. für Invalidenrenten, zusammen 3 134 465,32 M. in Wegfall gekommen; es verblieben demnach am Schluß des Jahres noch 166 976 Altersrenten mit einem abgiltig des Reichszuschusses sich berechnenden Jahresbetrage von 12 251 428,10 M. und 37 815 Invalidenrenten mit einem entsprechend berechneten Jahresbetrage von 2 850 480,91 M.

Den nach den §§ 5 und 7 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen (Eisenbahn- und Knappschafts-Pensionskassen) sind aus den bis zum Schluß des Jahres 1893 vertheilten reichsgefeslichen Renten zur Last gelegt: 3513 Altersrenten-Antheile mit 854 871,45 M. Jahresrente und 8400 Invalidenrenten-Antheile mit 226 215,42 M. Jahresrente; von diesen waren bis Ende 1893: 711 Altersrenten-Antheile mit 73 365,60 M. Rente und 699 Invalidenrenten-Antheile mit 46 159,78 M. Rente bereits wieder in Wegfall gekommen; sodann ein Bestand von 2802 Altersrenten-Antheilen mit 281 508,85 M. Jahresrente und 2701 Invalidenrenten-Antheilen mit 180 061,69 M. Jahresrente verblieben ist.

Der Vermögensbestand der Versicherungsanstalten einschließlich des Werths der Inventarien belief sich bei Ablauf des Jahres 1893 auf 227 200 019,87 M., wovon bis dahin 19 088 759,95 M. dem Reservefonds (§ 21 a. a. O.) überwiesen worden sind.

Die durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen erfolgt mit 3,86 pCt., gegenüber von 3,07 pCt. in den Vorjahren.

\*) Eine Depesche hat seitdem gemeldet, Leuß habe unmittelbar vor seiner Verurtheilung das Mandat niedergelegt.

Der Durchschnittssatz der Altersrenten, welcher für den Geburtsjahrgang 1820 und früher 124,62 M. betrug, ist für den Geburtsjahrgang 1823 auf 131,48 M. gestiegen, und die Durchschnittshöhe der Invalidenrente, welche sich für die im Jahre 1891 beginnenden Renten auf 113,85 M. belief, hat für die im Jahre 1893 beginnenden Renten den Betrag von 117,41 M. erreicht.

**Die Gesundheitsverhältnisse in der Münchener Garnison** haben schon oft begründete Beunruhigung erregt, so im vorigen Jahre, als eine gefährliche Typhusepidemie in dem Infanterie-Leib-Regiment wüthete. Heute wird aus München das folgende gemeldet:

Der offizielle Polizeibericht bestätigt die Scharlach-Erkrankungen bei dem Infanterie-Leib-Regiment. Dem Berichte zufolge sind 18 Mann erkrankt, von denen einer gestorben ist; die übrigen befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Den Soldaten, die unter der Disziplin die Freiheit der Meinungsäußerung aufgeben müssen, die sonst auch nicht die Rechte anderer Menschen besitzen, die vom Staate zu Maschinen gemacht werden, muß wenigstens Gesundheit und Leben garantiert werden. Man hat auch die Kriegsfähigkeit des Heeres im Auge, wenn man statt neue Kanonen anzuschaffen, für die Gesundheit der Soldaten besser sorgt.

**Wie das „Volk“ mitunter Denkmale errichtet.** Vor einigen Monaten hatte ein bayerisches Komitee unter Saub und Braus ein Denkmal für König Ludwig II. errichtet und eingeweiht. Aber schade, das Denkmal war nicht bezahlt und konnte auch nicht bezahlt werden. In seiner Noth wendete sich das Komitee an den Prinzregenten, mit der unterthänigen Bitte, er möge das Defizit von 4000 M. decken. Der Prinzregent hat das denn auch gethan. Die Schöpfer des Denkmals haben es sich also, wie es scheint, selbst sehr wenig kosten lassen.

Das ist doch wirklich einmal ein dynastisches Denkmal!

Die Sache erinnert übrigens an den prächtigen Witz, den sich ein Berliner Dienstmann geleistet hat, als vor nun bald 10 Jahren das Nationalgedenken für Bismarck, der sogenannte „Ottopfeunig“, im Lande gesammelt wurde. Kam da zu dem besagten Dienstmann ein patriotisches Männlein mit der Zeichenliste für den großen Otto, und der Dienstmann, der sich nicht lumpen lassen wollte, schrieb einen Beitrag von 20 Mark hinein. Wenige Tage darauf erschien der Kassirer mit der großen Ledertasche und wollte die 20 M. kassiren. Aber der ist bei dem Dienstmann böß hineingefallen. „Wat“, sagte der, „baar bezahlt soll ich die 20 Mark? Ne, Männlein, davon steht nicht geschrieben. Sagen Sie man Otto'n, baar bezahlen könnte ich ihr nich, aber ich wollte die 20 Mark abhizen!“

**In Sachen Leuß** bestätigt es sich, daß die Berufung des Staatsanwalts in der Disziplinarprozeß-Sache beim Reichsgericht eingelassen ist. Daß der Staatsanwalt monatelang damit wartete konnte, bleibt allerdings unbegreiflich.

**Die letzte Theilung Polens,** dieser schmachvollste Völkermord — das größte Verbrechen der Dynasten, wie es Michelet, der Geschichtschreiber der französischen Revolution genannt, fand bekanntlich vor 100 Jahren statt, in demselben Jahre wie die Hinrichtung Ludwigs XVI., welche die monarchistischen Schriftsteller als ein furchterliches Verbrechen hinstellen, obgleich der hingerichtete Monarch des Hoch- und Landeserraths überwiesen war, und nach den Gesetzen aller Länder den Tod reichlich verdient hatte. Auslöchlich des hundertsten Gedenktages der Theilung Polens veröffentlicht der „Goniec Wielkopolski“ in Polen einen Aufruf an die Polen, in welchem zu äußeren Kundgebungen der Trauer aufgefordert wird. Der Aufruf enthält u. a. folgende Stellen: „Im künftigen Jahre hat die Trauer, die seit 100 Jahren unsere Herzen erfüllt, an die Oeffentlichkeit zu treten. In diesem Jahre müssen alle geräuschvollen Vergnügungen, Tanzbelustigungen, großartige Hochzeitsfeste unterbleiben — wir müssen, indem wir unsere Wunden aufdecken, der Welt und den Feinden zeigen, daß sie bestehen und daß wir sie nicht heilen lassen, bis wir der Welt ein volkstümliches, freies und unabhängiges Polen übergeben.“ Der Aufruf schließt mit der Trostung, daß diejenigen Polen, welche sich der Trauer entziehen sollten, welche nur dem Namen nach Polen seien und weder polnisch fühlen noch denken könnten, hierzu gezwungen oder zerstückert werden würden.“

**Ein Spionenprozeß,** der sich gegenwärtig in Frankreich abspielt, erregt ungewöhnliches Aufsehen. Hauptmann Drehsuß, ein Offizier des französischen Generalstabs, ist angeklagt, einer auswärtigen Macht (sagen wir: Deutschland) verrätherische Mittheilungen über sogenannte militärische Geheimnisse wichtigster Art gemacht zu haben. Die Behörden thun zwar sehr zugespitzt, allein so viel ist herausgekommen, daß das Hauptbeweisstück gegen Drehsuß ein an die deutsche Gesandtschaft in Paris gerichtetes Schreiben ist. Dieses Schreiben hat französischen Chauvinisten zu der unlichen Dage gegen die deutsche Gesandtschaft erwünschten Anlaß gegeben — einer Dage, der aber, sehr zum Bedauern der deutschen Geschäfts-Chauvinisten, durch energisches Eingreifen der französischen Regierung, ein rasches Ende bereitet ward. Die deutschen Geschäfts-Chauvinisten die den fetten Wiffen sehr ungern verlieren, geben sich verzweifelte Mühe, sich ihn zu erhalten und sie haben jetzt angestrebt, daß das fragliche Schreiben durch französische Beamte aus der deutschen Gesandtschaft gestohlen worden sei, was allerdings eine Verletzung des sogenannten Exterritorialitäts-Rechts bedeuten würde, d. h. des Rechts, welches darin besteht, daß Gesandtschaftsgebäude als zu dem betreffenden ausländischen Staatsgebiet gehörig betrachtet werden und für die Gerichte, Polizei u. des Staats, in dem sie liegen, unnahbar sind. Das Geschrei unserer Geschäfts-Chauvinisten ist aber höchst unsinnig, denn man kann derartige Schreiben in die Hände bekommen, ohne in ein Haus einzudringen. Und speziell deutsche Beamte sind oft sehr unvorsichtig in Aufbewahrung wichtiger Aktenstücke. So wurde z. B. der Brief des Dr. Liman über den nationalliberalen Attentäter Nobiling unter den Papieren eines Berliner Kaskrämers gefunden, der das wichtige Aktenstück Lieblincht mittheilte, so daß dieser es im Reichstag verlesen konnte. Warum sollte Herr v. Puttkamer, der seine Staatsgeheimnisse dem Kaskrämer als Makulatur verkaufte, nicht Nachsolger haben? —

**Nigues-Mortes.** Aus Rom wird gemeldet:

Die von dem Minister des Auswärtigen ernannte Kommission zur Vertheilung der Entschädigungen für die Opfer der Vorfälle in Nigues-Mortes hat ihren Bericht veröffentlicht. Danach wurden von 798 000 Lire, die aus Sammlungen und aus der

französischen Entschädigung stammen, 300 000 Lire verteilt und 432 000 Lire für die Gründung eines internationalen Wohltätigkeitsinstituts in Marseille bestimmt. —

**Crispi.** Aus Mailand wird uns unterm 19. Dezember geschrieben:

Wie ein Ertrinkender an ein schwankendes Schilfrohr, so klammert sich Crispi an — König Umberto und an den Hof. Und in Wahrheit zeigt sich dieser König willens und schwankend wie ein Rohr. Er hat, nachdem der Vizepräsident Saracco als ehrlicher Mann es abgelehnt hatte, ein sogenanntes provisorisches Geschäftministerium zu übernehmen, Crispi von neuem zu längeren Ämtern berufen, während inzwischen auch die Königin Margherita von crispinischer Seite zu Hilfe gerufen wird. Es handelt sich für diesen Menschen Crispi, der soeben vor ganz Europa und vor aller Welt der niedrigsten, vom Gesetz mit Zuchthaus bedrohten Verbrechern überführt erscheint, gegenwärtig vor allem darum, noch wenigstens bis zum 10. Januar 1895 am Staatsruder zu bleiben. An diesem Tage nämlich soll die Hochzeit, die kirchliche Trauung seiner Tochter mit dem Fürsten Linguaglossa von Palermo stattfinden, dem von einer Verwandten in Sizilien, einer hyperorthodoxen bekannten Jesuitenfreundin, ein Erbteil von mehreren Millionen Franken winkt. Diese Millionen für sein Haus zu gewinnen, ist ein Hauptziel von Crispi's Politik geworden; mit der Angst der Verzweiflung denkt er jetzt daran, daß er in Gefahr ist, im letzten Augenblick noch dieser Beute verlustig zu gehen. Deshalb die unglaublichen Willkürmaßnahmen der letzten Tage: die Abfertigung aller der Beamten, die dazu beigetragen haben, daß Violitti die Dokumente erhielt, deshalb die Verleumdungsklagen gegen Abgeordnete und die Vorladungen der Finzenkommission, was alles den bestehenden Gesetzen hohnspricht, deshalb vor allem auch die unglaublichen Anstrengungen und wahnwitzigen Lügen der aus Crispi's Tasche bezahlten römischen Journale, an ihrer Spitze die edle „Riforma“. In diesem Bestreben hat Crispi einen Helfershelfer gefunden, auf den Berlin und Deutschland stolz sein kann; das ist der Postillon-Korrespondent des „Berliner Tageblattes“. Als ob jedes Wort, das dieser Korrespondent berichtet, von Crispi persönlich diktiert wäre, so während stimmt es mit den Auslassungen von Crispi's Leibblatt überein, so daß diese faulstüchtigen Lügenberichte allgemein in Italien ausfallen. — Die wahnwitzige Steuerpolitik Sonnino's hat es mit der furchtbaren Erhöhung der Schmelzholzteuer bewirkt, daß über 6000 Arbeiter in ganz Italien plötzlich brotlos geworden sind. Die Hauptfabrik von Badstreichhölzern in Magenta schloß sofort auf die durch königliches Dekret verordnete Steuererhöhung ihre Pforten und warf 2500 Arbeiter auf's Pflaster. Ein halbes Regiment Soldaten mußte hinaruschieren, um drohende Unruhen zu ersticken. Ein grenzenloses Elend sieht tausenden von Arbeiterfamilien infolge dessen zum Weihnachtsfeste bevor. Soeben kommt die Nachricht, daß auch in Pistoia die älteste Zündhölzfabrik Italiens geschlossen wurde. Arbeiter und Zündhölzverkäufer mit ihren Familien sind brotlos. Aus Empoli wird telegraphiert: Die Lage der brotlos gewordenen Zündhölz- Arbeiter und Händler ist trostlos. Ganze Scharen durchzogen gestern Nachmittag die Straßen mit dem Ausruf: Wir wollen arbeiten! Nieder mit den Steuern! Wir sterben vor Hunger! Vor dem Kommunalpalast stauete sich die Menge und der Abgeordnete v. Empoli, Ribolli, versuchte mit glatten heuchlerischen Worten vergebens die Menge zum Fortgehen zu bewegen. Dieser Abgeordnete ist ein echtes Beispiel crispinischer Charaktertreue. Er hatte vor seiner Wahl versprochen, gegen alle und jede neue Steuer zu stimmen und er hat tatsächlich in der Kammer allem zugestimmt: der Salzsteuer, der Viehsteuer, der Brotsteuer. Er mußte sich unter Pfeifen und Geiseln vor der Menge zurückziehen, die, als eine Schaar Carabiniere herangaloppierte, sich auflöste.

**Schwierigkeiten in seiner ostafrikanischen Kolonie** hat nun auch Crispi. Ein Telegramm der wegen ihrer offiziellen Schönfärberei fattsam bekannten „Agenzia Stefani“ meldet aus Massauah:

Major Toselli erhielt den Befehl, mit sechs Kompanien die Unterwerfung des unzuverlässigen Häuptlings der Landschaft Dale-Aufai, Batagos, zu sichern, der in Saganeiti Batagosine um sich versammelt hatte. Viele von den Anhängern Batagos' waren in den letzten Tagen von ihm abgefallen. Batagos zog sich gestern von Saganeiti nach Galai zurück; hier wurde er von den italienischen Truppen angegriffen, besiegt und getötet. Seine Anhänger flohen und wurden verfolgt; sie hatten bedeutende Verluste an Toten und Verwundeten. Auf Seiten der Italiener wurden nur 10 Mann getötet und 22 verwundet; sämtliche Tote und Verwundete sind Eingeborene. Durch diesen Sieg der italienischen Truppen wird etwaigen Intrigen der anderen abessinischen Häuptlinge vorgebeugt. Das ganze Gebiet bis zum Sudan hin ist jetzt ruhig.

**Kriegsgrüuel.** Die „New-York World“ bringt eine Beschreibung von der Einnahme Fort Arthur's. Die Niedermetzelung der unbewaffneten Bewohner dauerte so lange, bis die ganze Bevölkerung niedergemacht war. Bis zum Einzug in Fort Arthur war das Verhalten der Japaner dem Feinde gegenüber grohmütig. Die Japaner hatten 78 Kanonen, darunter Feldbatterien und Belagerungsgeschütze. Der Brief beschreibt ausführlich den Angriff auf die Forts und lobt die Haltung der Verteidiger. Das Thal war mit Mienen gefüllt, welche die Chinesen jedoch in der Hitze des Gefechtes zu sprengen vergaßen. Die mit Männern, Frauen und Kindern gefüllten Dschunken wurden durch Torpedos zum Sinken gebracht. Nachdem die nach der Stadt führende Brücke genommen war, entflohen die Chinesen. Die in die Stadt einziehenden Japaner fanden die Köpfe der erschlagenen Kameraden mit abgeschnittenen Nasen und Ohren vor. Es folgte eine große Meuterei. Die wütenden Soldaten tödteten jeden, der ihnen in den Weg kam und plünderten die Stadt. In der Schlacht wurden nicht mehr als 100 Chinesen getötet, jedoch später wenigstens 2000 niedergemetzelt. —

## Parteinachrichten.

**Die Parteikonferenz von Friedeberg.** Kreuzwalde findet nicht, wie wir gestern angegeben, am 27., sondern am 30. d. M. in Kreuzwalde statt, da am ersteren Termin das Lokal nicht zur Verfügung steht.

Für den Wahlkreis Neckermünde-Useedom-Bollin findet am Sonntag, den 23. Dezember, in Neckermünde ein Parteitag statt. Die Anwesen der Delegierten aus jedem Orte werden vergütet. Tagesordnung: 1. Entwicklung der Partei im Kreise. Berichtshalter Genosse Grindel. 2. Wie organisieren wir uns, um eine rege Agitation zu entfalten? 3. Wahl von Vertrauenspersonen. 4. Verschiedenes.

**Zum Rheinischen Parteitag** wählte eine Parteiversammlung in Köln drei Delegierte. Mehrere Redner traten für eine größere Zentralisation ein, sie wünschten, daß besondere Agitationskomitees gewählt würden für den Oberrhein, den Niederrhein u. s. w. Bindende Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

**Von der Landagitation.** Aus Baden wird uns geschrieben: Vom 1. bis 16. Dezember wurden im ersten badischen Reichstags-Wahlkreis neun öffentliche Versammlungen abgehalten. In sechs davon waren ausschließlich Bauern anwesend. Genosse Th. v. Wächter referierte in allen Versammlungen über das Thema: „Die Stellung der Sozialdemokratie zum Eigentum, Königthum, Ehe und Religion“ mit gutem Erfolge, ebenso Genosse Dietrich in Steiglingen über dasselbe Thema. Da die Versammlungen alle gut besucht und die Bauern sich unseren

Ideen als zugänglich erwiesen, wozu die Pfarren nicht sonderlich befriedigt, arrangierte Pfarren Umf von Dr. Schönach und Pfarren Peet von Haldorberg am 18. Dezember in Altheim eine anti-sozialistische Versammlung, wobei der erste über die Theorie und der letztere über die Praxis des Sozialismus referierten. — Mit den größten Ausfällen und Verleumdungen suchten diese Herren ihr Aufgabe sich zu erledigen. Im übrigen befanden die Herren Pfarren vollkommen Unkenntnis in sozialpolitischen Dingen. Als die Gebetglocke läutete, kommandierte Pfarren Umf zum Beten und wurden mehrere Vaterunser heruntergeleiert, wovon das letzte ausschließlich zur Bekämpfung der anwesenden gottlosen Sozialdemokraten vom Pfarren Umf bestimmt wurde. Auch ließ P. den Großherzog und den Kaiser mitten in der Rede ganz plötzlich hochleben. Später erklärte dieser würdige Nachfolger Christi, die Hoch's deshalb ausgebracht zu haben, um zu sehen, was die anwesenden Sozialdemokraten wohl thun würden. Von unserer Seite traten Genosse Th. v. Wächter, Stuttgart und Krohn-Konfanz den Pfarren entgegen. Die Rede-freiheit wurde aber dadurch illusorisch gemacht, daß, sobald unsere Genossen einige Sätze gesprochen, die Herren Pfarren fortwährend dazwischen redeten und bewiesen, von parlamentarischer Ordnung keine Ahnung zu haben.

Die Redeschlacht dauerte über vier Stunden und können wir mit dem Erfolg zufrieden sein, namentlich, da die Pfarren durch ihr taktloses Auftreten ihre Sache selbst geschädigt haben. Ueber diese Versammlung soll in bald an den Ufern des Bodensees ein Flugblatt verbreitet werden.

**Bei den Gewerbevereinswahlen** in Speyer siegte in der Klasse der Arbeitnehmer die Liste des sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereins gegen die des evangelischen und katholischen Arbeitervereins.

In Zeitz siegte die sozialdemokratische Liste mit 808 Stimmen, während die Hirsch-Tunder'schen nur 63 Stimmen erhielten.

**Das Zentral-Agitationskomitee** für das Königreich Sachsen ist aus folgenden Genossen zusammengesetzt: Anton Heilwed, Leopold Brexauer und Edmund Fischer. Laut Beschluß der Landeskonferenz sind alle wichtigen Gerichtsbarkeiten, Verfassungen und Gesetze, welche auf die Partei bezug haben, Uebersetzungen der Polizei und sonstiger Behörden, auch hinsichtlich des Zuchthausrechts in den Volksschulen u. a. das Zentralkomitee zu richten. Diese Sendungen, sowie alle Zuschriften, Anfragen, betr. Redner u. s. w. zu richten an Anton Heilwed, Dresden, Jakobsgasse 15, 2 Tr. 1.

**Parteiinnungen.** Nach dem Bericht des Vertrauensmannes in Wandsbek sind in dieser Stadt vom 1. November 1893 bis 1. November 1894 4050,06 M. an Parteigeldern eingegangen. Davon wurden 897,85 M. an den Parteivorstand gesandt, 100 M. erhielt die Referentenkommission, 200 M. der Vertrauensmann in Altona. Am 1. November 1894 betrug der Kassenbestand 1420,41 Mark. — In einer Parteiversammlung in Hagen berichtete der Vertrauensmann, daß im vergangenen Jahre die Einnahme 568,54 M., die Ausgabe 459,20 M. betragen habe, so daß ein Bestand von 127,34 M. verbleibt. — Als Vertrauensmann wurde einstimmig Genosse Spare wiedergewählt. — In derselben Versammlung fand folgende Resolution einstimmig Annahme: Die Versammlung spricht den oft wiederholten Wunsch aus, daß für die Folge unser Kreis durch hervorragende Agitatoren besser berücksichtigt werden möchte und bedauert, daß von Seiten des Parteivorstandes unser Kreis bisher vernachlässigt worden ist. Es ist Aussicht vorhanden, den Kreis bei einer event. Neuwahl zum Reichstag für unseren Kandidaten zu erobern. Der Vertrauensmann wird verpflichtet, beim Parteivorstand ernstlich vorstellig zu werden und diese Resolution im „Vorwärts“ zu veröffentlichen.

**Parteipresse.** Genosse Dr. Dietrich übernimmt am 15. Januar die leitende Redaktion des Bremer Partei-Organs, der „Br. Bürgerzeitung“. Möge er in seinem neuen Wirkungskreise ebenso unentwegt für die Rechte der Unterdrückten eintreten, wie er es bisher gethan hat.

**Die slavische Kreisorganisation** des Brünner Kreises hielt am 8. und 9. Dezember eine Kreisversammlung ab. Anwesend waren 31 Delegierte und eine große Anzahl von Gästen. Beim Punkt Organisation wird die geringe Theilnahme der Frauen an politischen Leben bedauert. Agitations- und Gesangsvereine weisen Defizite auf. Auch die Parteiblätter: „Kovnost“, „Cervánky“ und „Raspie“ stehen nicht in glänzenden Verhältnissen. Beschlossen: die literarischen und administrativen Arbeiten beim „Zensky List“ werden unter die übrigen Redaktionsmitglieder so verteilt, daß eine besondere Kraft bei diesem Blatte überflüssig wird; das Blatt „Cervánky“ wird von Brunn nach einem Orte verlegt, in dem eine liberalere Justiz herrsche. Beim Punkt: „Ablegung der Eide“ wird die deutsche und französische Taktik empfohlen.

**Die deutschen Parteigenossen** in Paris nahmen in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vorklubs eine Resolution an, in welcher sie Stellung nehmen zu den Beschlüssen des deutschen Parteitages. Da die Resolution außer der „bayerischen Frage“ auch andere Punkte berührt, so glauben wir in diesem Falle eine Ausnahme machen zu dürfen, und bringen die Resolution zum Ausdruck. Sie lautet: 1. In Erwägung, daß unsere Partei eine Arbeiterpartei ist, verlangt die heute am 17. Dezember tagende Mitgliederversammlung des deutschen sozialdemokratischen Vorklubs zu Paris, von den Vertretern in den Parlamenten in erster Linie die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Arbeiter haben aber kein Interesse daran, daß man einer Regierung des „Klassenstaates“ die Mittel zur Weiterexistenz des letzteren gewährt. Infolge dessen kann sich die heutige Versammlung mit der Stellung des Parteitages betreffs der Budgetfrage nicht einverstanden erklären, sondern sie hätte erwartet, daß ein Beschluß im Sinne der Bedel'schen Resolution gefaßt worden wäre. 2. Betreffs der Matfeier hält die Versammlung an der Arbeitsruhe am 1. Mai fest; sie ist der Meinung, daß in dieser Hinsicht in Zukunft endlich einmal ein bestimmter Beschluß gefaßt werde. Den angeführten Grund von der Schädigung der wirtschaftlichen Interessen hält sie nicht für stichhaltig, da die Arbeiter Oesterreichs unter demselben ökonomischen Druck zu leiden haben, aber trotzdem die Matfeier durch Arbeitsruhe begehen. 3. Nachdem die Versammlung Stellung zu einigen Beschlüssen des Parteitages genommen hat, glaubt sie der Hoffnung Ausdruck geben zu können, daß diejenigen Genossen, welche eine gemäßigtere Taktik anempfehlen haben, wohl jetzt in anbetrachter der neuen drohenden reaktionären Maßnahmen das Fortwähren ihres Bestehens einsehen werden, und jetzt gemeinsam vor allem gegen den Gegner Front machen.

**Todtenliste der Partei.** Vor wenigen Tagen verschied in Hanau der Genosse Jakob Kreis. Seine Beerdigung gestaltete sich zu einer großartigen Demonstration. Trotzdem er des Nachmittags während der Arbeitszeit begraben wurde, nahmen doch gegen 600 Personen daran theil. Eine große Anzahl Kränze mit rothen Schleifen wurden von Hanauer und Frankfurter Genossen am Grabe niedergelegt.

**Polizeiliches, Gerichtliches u.**  
— Die Zeugung des Menschen war in einem Artikel der „Schlesw.-Vollst. Volks-Zeitung“ besprochen worden. Die betreffende Nummer wurde konfisziert und der Staatsanwalt erhob Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften. Bei der Verhandlung gegen den Redakteur, Genossen Breckow, wurde die Essentialität theilweise ausgeschlossen. Das Gericht

konnte in dem Artikel, der einem wissenschaftlichen Werk entnommen war, die Unterlage für eine Anklage nach § 184 des Str.-G.-B. nicht finden, brachte aber den Unfugparagrafen zur Anwendung und verurtheilte Genossen Breckow zu 50 M. Geldstrafe.

— Es geschehen Wunder in Sachsen. Freigesprochen von der Berufungsinstanz wurde der Steinfeher Lemberg zu Dresden, der vom Schöffengericht zu einer Woche Haft verurtheilt worden war, weil er einem Knaben zugerufen hatte: Dein Vater ist schön dumm, daß er Waldschlößchen-Bier trinkt.

— Politische Verfolgungen in Oesterreich. Unser Oesterreichischer Genosse Dr. Viktor Adler-Wien wurde, wie wir dieser Tage mittheilten, zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Inkriminirt waren 14 Stellen einer Rede, die Adler kurz nach den Vorgängen in den Dörfner-Kaltenauer Revieren in einer Wiener Versammlung gehalten hatte. Unser Genosse, dessen Verhör dritthalb Stunden in Anspruch nahm, erklärte sich nichtschuldig. Er habe, wie er auch eingangs seiner Rede betont hatte, keinerlei Behörden beleidigen wollen, sondern nur die Thatsachen, wie sie damals vorlagen, einer sachlichen Kritik unterzogen. Wollte man in seiner Rede einen strafbaren Thatbestand erblicken, so könne es nur ein Vergehen nach § 300 (Ausreißung) sein, in welchem Falle aber nur das Schwurgericht kompetent sei, nicht aber das Bezirksgericht. Zu den einzelnen inkriminirten Stellen übergehend, giebt Dr. Adler die Richtigkeit der in der Relation der Polizeikommissäre enthaltenen Aeußerungen größtentheils zu, erklärt jedoch, so weit er bestimmte Thatsachen in betreff der Ostrauer Vorgänge angeführt habe, den Wahrheitsbeweis nach jeder Richtung hin zu bringen. Diesbezüglich stellt der Verteidiger Dr. Karl Drnske in eine Reihe von Anträgen, die jedoch alle vom Richter abgelehnt werden. Der staatsanwaltschaftliche Funktionär hielt die Anklage in sämtlichen Punkten aufrecht. Dr. Drnske plaidirte auf Freisprechung, da die Rede Dr. Adlers allerdings eine scharfe Kritik, aber keineswegs eine Beleidigung der Behörden oder des Parlaments enthalte. Der Richter sprach den Angeklagten rückfällisch elf Stellen, in denen bestimmte Thatsachen angeführt erschienen, frei, ja, und ihn jedoch beschuldig, durch drei Stellen seiner Rede Oesterreichische Behörden beleidigt zu haben, und erkannte auf eine Arreststrafe in der Dauer eines Monats. Bei der Strafmaßbestimmung nahm der Richter gegenüber mehrfachen Vorstrafen Dr. Adlers als mildernd an das Gehörnis der Thatsachen, insbesondere aber dessen Stellung „als Tribun der Arbeiter, als welcher er mit Leidenschaftlichkeit seiner Partei ergeben sei“. Sowohl der Angeklagte, als auch der öffentliche Ankläger meldeten Berufung an.

— Ein anderer Wiener Parteigenosse, Josef Rouschar, Redakteur einer geistlichen Arbeiterzeitung, wurde zu 14 Tagen Arrest verurtheilt, weil er in einer Rede über die Wahlrechtsbewegung die Arbeiter zum Verlassen des gesetzlichen Weges aufgefordert haben sollte.

## Soziale Uebersicht.

Eine Kohreduktion von 5, 6, 7 und 10 pEt. hat die Direktion der „Dermannshütte“ bei Hörde eintreten lassen.

**Sämmtliche fünfzehn Kassen** wurden von der Dortmund-Polizei plötzlich aufgehoben, Ausnahme wurde nur mit einem ganz vornehmen gemacht. Die Kassen, wie sie in Rheinland-Westfalen in ziemlich großer Anzahl bestehen, sind eine Art Konsumvereine, verbunden mit Ausschank von Getränken. Vielen der gemäßigten Bergleute wurde auf diese Weise eine Krise geschaffen. Nun wurden, wie oben angegeben, sämmtliche Kassen geschlossen, ohne jegliche Angabe des Grundes.

**Ueber die Ergebnisse** der Rekrutenprüfungen im Deutschen Reich enthält das 4. Heft des laufenden Jahrganges der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs Nachweise für das Erjahre 1893/94. Danach hatten von den 293 177 Rekruten, welche in die Armee und Marine eingestuft wurden, 250 885 Schulbildung in deutscher Sprache, 1725 Schulbildung nur in fremder Sprache und 617 waren ohne Schulbildung, das heißt solche, welche in keiner Sprache genügend lesen, oder ihren Vor- und Familiennamen nicht leserlich schreiben konnten.

In Prozent der Gesamtzahl aller Eingestellten betragen diejenigen, welche weder lesen, noch ihren Namen schreiben konnten,

Erjahre	1883/84	1887/88	1891/92	1893/94
1883/84	1,27	0,71	0,45	
1884/85	1,21	0,60	0,58	
1885/86	1,08	0,51	0,24	
1886/87	0,72	0,54		

Stellt man für die Bezirke, von welchen die meisten Mannschaften ohne Schulbildung gestellt wurden, das erste und letzte der vorstehend genannten Jahre gegenüber, so kamen Analphabeten auf je 100 eingestellte Rekruten in den Regierungsbezirken

	1883/84	1893/94
Marienwerder	9,87	2,80
Posen	10,86	1,52
Danzig	3,86	1,38
Oppeln	3,77	0,88
Gumbinnen	8,40	0,85
Königsberg	5,42	0,70
Bromberg	4,78	0,58

Wie man sieht, ist die Zahl der Analphabeten in den östlichen Provinzen am größten, dort, wo die Junker die Herrschaft üben. Das Resultat würde sich noch ganz bedeutend zu Ungunsten jener Gegenden verschieben, wenn nicht schon die allgeringsten Leistungen (leserliches Schreiben des Vor- und Familiennamens und genügendes Lesen) als „Schulbildung“ bezeichnet würden.

**Auf dem Braunfohlen-Vergewalt „Glück auf“** in Lichtenau in Schlesien ist, wie der „Neue Silesier Anzeiger“ meldet, das Maschinenhaus vollständig niedergebrannt, ebenso der Förderthurm. Die Arbeiter sind zum größten Theil brotlos geworden.

## Deveschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)  
Göttingen, 20. Dezember. Professor Georg Hansen, bekannt als Nationalökonom und Agrarhistoriker, ist gestorben.

(Deveschen-Bureau Derold.)

Mün., 20. Dezember. Das hiesige Schwurgericht hat heute den Redakteur Engels von der „Aller Zeitung“, welcher wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen angeklagt war, freigesprochen. Rechtsanwalt Payer vertheidigte den Angeklagten. Redakteur Engels war wegen des gleichen Artikels, wie Redakteur Dele von der „Constanzener Abend-Zeitung“, welcher zu zehn Wochen Gefängnis verurtheilt worden war, angeklagt.

Wien, 20. Dezember. Nach neueren Meldungen ist die Demission Bederle's noch nicht definitiv angenommen worden. Der Kaiser will erst bei seinem Besuche in Budapest nach den Freierträgen mit politischen Persönlichkeiten in dieser Angelegenheit beraten.

Belgrad, 20. Dezember. Der frühere Gesandte am Berliner Hofe, Milan Christic, ist aus Serbien ausgewiesen worden, weil bei Gebirgs Aufzeichnungen vorgefunden wurden, nach welchen sich Christic dem Prinzen Karagjorgjevic zur Verfügung gestellt haben soll.

## Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

### Kommunales.

#### Stadtverordneten-Versammlung.

##### Öffentliche Sitzung

vom Donnerstag, den 20. Dezember, Nachm. 5 Uhr.  
Der Magistrat ist dem Beschlusse der Versammlung in betreff der akademisch gebildeten Lehrer an den Gemeindefschulen nicht beigetreten. Die Versammlung hatte das Dienstalter derselben nicht von der vorkationsmäßigen Anstellung, sondern von dem Zeitpunkt an berechnen wollen, wo sie mit einer Remuneration von 1600 M. beschäftigt wurden. Der Magistrat bleibt seinem ursprünglichen Vorschlage, wonach den Betreffenden je nach der Qualifikation (Mittelschul-Examen, Lehrerzeugnis, Oberlehrer-Zeugnis) 4 resp. 5 und 6 Jahre zum Vorkations-Dienstalter hinzugerechnet werden sollen.

Ohne Debatte tritt diesmal die Versammlung dem Magistratsantrag bei.  
Der Ankauf eines Grundstücks von 5511 Quadratmetern in der Christburgerstraße für 214 229 M. zur Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule wird genehmigt.

Die Beantwortung der Anfrage des Stadtv. Schwabe wegen der Verhandlungen mit der Urania-Fäulen-Gesellschaft wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Ohne Debatte wird die Vorlage wegen Eröffnung einer neuen Realschule in den Räumen der 81/109. Gemeindefschule, Tilsiterstr. 4/5 auf Antrag des niedergesetzten Ausschusses gutgeheißen.

Die vom Magistrat vorgelegten Projekte zu Neubauten auf den Nieselfeldern beantragen die Stadtv. Hellriegel und Wagner kommissarisch zu beraten, da die Notwendigkeit der Bauten nicht genügend begründet sei und man auch die hohen Zuschüsse mit in Betracht ziehen müßte, die die Nieselfelder fortwährend erforderten. Es wird nach dem Antrage beschlossen.

Die Versammlung hat f. z. in die Abtretung von Nieselfeldterritain in Friedrichsfelde an den Eisenbahnklub unter der Bedingung genehmigt, daß letzterer an dem Eingang zum Gemeindefriedhof eine Halle errichte. Der Klub hat indes zu verstehen gegeben, daß er höchstens die Anlegung eines Haltepunktes gestatten will, der nur für Personenverkehr, nicht aber für Verkehr mit Gütern (in diesem Falle mit eingelagerten Zeichen) benutzbar ist. Stadtv. Frenkel beantragt Ablehnung der Vorlage; die Versammlung entscheidet dagegen nach Befürwortung durch den Stadtrath Struve für den Magistrat, der den Antrag gestellt hat, sich mit der Anlegung eines Haltepunktes zu begnügen.

Die Zuwendung einer einmaligen Schenkung von 10 000 M. an das Augusta-Hospital aus Anlaß des 25-jährigen Jubiläums der Anstalt wird beschlossen.

Die Frage des Neubaus eines Sickenhauses auf dem Terrain an der Fröbelstraße hinter dem bestehenden Sickenhaus, wofür der Magistrat die Skizze vorlegt, soll in einem Ausschusse vorgeprüft werden.

Die Versekung des Springbrunnens auf dem Neuen Markte, die wegen der Errichtung des Lutherdenkmals erfolgen muß, wird zur Kenntnis genommen. Der Magistrat behält sich vor, das Mittelstück, die Turmspitze mit den vier Hunden, anderweitig zu verwenden.

Von der Vorlage betreffend die Einrichtung von Tob- und Badezellen in der Anstalt für Epileptische, Wuhlgarten, ist im Ausschusse nicht viel übrig geblieben. Die zwölf geforderten Badezellen sind abgelehnt, von den geforderten 12 Tobzellen nur 6 genehmigt worden.

Stadtrath Strahan versucht, wenigstens die 12 Tobzellen zu retten, wogegen Stadtv. Spinola geltend macht, daß Tobzellen in die Koloniehäuser, in denen sie nach dem Wunsch des Direktors beibehalten werden sollen, überhaupt nicht gehören, Badezellen aber gänzlich überflüssig seien, da ein sehr schönes Badhaus mit Schwimmbassin inmitten der Koloniehäuser vorhanden sei. Die sehr schließliche Anstalt sei erst ein Jahr im Betriebe und könne nicht jetzt schon in ihrem Organismus ganz und gar umgemodelt werden.

Stadtrath Struve entgegnet, daß das Bedürfnis für die geforderten Anlagen erst im Laufe des ersten Betriebsjahres zu Tage getreten sei. Die Sorge für die Pflanzlinge könne nicht gerade da aufhören, wo sie am dringlichsten erforderlich werde, während der Tobzellsparprogrammen und nach denselben.

Stadtv. Sachs I hebt hervor, daß die Anstalt Wuhlgarten völlig dem Eindruck eines Irrenhauses mache und entgegen seiner Bestimmung nicht hauptsächlich mit Epileptischen belegt sei. Nun solle man doch nicht auch noch die Landhäuser in Irrenpavillons umwandeln. Die irrsinnigen Tobzuchtigen seien nach Talbot oder Herzberge abzugeben und dafür Leichterheime nach Wuhlgarten zu übernehmen.

Die Ausschusshandlung werden angenommen.

In Sachen der Errichtung eines zweiten Rathhauses hat der Magistrat jetzt beantragt, zu genehmigen, daß die Grundstücke Jüdenstr. 55, 56, 57 für 615 000 M. und Jüdenstr. 58, 59 für 955 000 M. für die Stadtgemeinde angekauft werden. Für diese Vorlage macht der Magistrat geltend, daß diese Grundstücke mit ihren zum Teil neuen, zum Teil recht gut erhaltenen älteren Baulichkeiten sich zur Unterbringung von Büreaus sehr gut eignen und die geforderten Preise im Verhältniß zu den übrigen Forderungen innerhalb dieses Blocks als mäßige angesehen werden müssen, und daß die Eigenthümer sich zu einer Verlängerung der bereits am 22. Dezember d. J. ablaufenden Schlußfrist wahrscheinlich nicht entschließen könnten. Durch den Ankauf würde das dringendste Raumbedürfnis der nächsten Zeit gedeckt sein, während bei der Erbauung eines neuen Verwaltungsgebäudes mindestens 5 Jahre vergehen würden, bevor dasselbe mit Büreaus etc. belegt werden könnte. Die Frage der Errichtung eines neuen großen Verwaltungsgebäudes soll von dem Ankauf der Grundstücke vollständig unabhängig bleiben, insbesondere soll mit diesem Ankauf der Entscheidung über die Wahl des Bauplatzes in keiner Weise vorgegriffen werden.

Der seit dem März für die damalige Vorlage des Magistrats vorhandene Ausschuss hat den Magistratsantrag, der ihm schon in seiner Sitzung vom 12. Dezember vorlag, zur Annahme empfohlen. Stadtv. Meyer I als Ausschussreferent bemerkt, daß der Ausschuss schon am 27. März darüber einig war, daß der Magistratsvorschlag, den Block Stralauer, Jüden-, Kloster- und Parochialstraße zum Bau eines zweiten Rathhauses anzukaufen, keine besonderen Sympathien genoss, daß man vielmehr die Platzfrage ganz allgemein zu prüfen habe. So sei beschlossen und dem Magistrat mitgeteilt worden; der Magistrat habe seitdem nichts weiter gethan, bis vor wenigen Tagen die neue Vorlage durch den Geh. Baurath Brandenstein an den Ausschuss kam. Der letztere habe es für seine Pflicht gehalten, dem Umstände Rechnung zu tragen, daß gewisse Schluß-

scheine am 22. Dezember ablaufen. Diese Beratung habe zur Ausnahme des Magistratsvorschlages aus den angeführten sachlichen Gründen geführt; die eigentliche Aufgabe, die dem Ausschusse gestellt sei, werde er nach wie vor noch erst zu lösen haben. Im eigenen Namen stellt der Referent den Antrag, die heutige Vorlage dem Magistrat zur Vervollständigung zurückzugeben.

Stadtv. Sachs II: Der Antrag, den der Referent in eigenen Namen stellt, beweist allein schon, daß der Magistratsvorschlag abgelehnt werden muß. Für den Bau eines völlig neuen zweiten Verwaltungsgebäudes an der bewußten Stelle ist keine Neigung vorhanden; wir brauchen Räume von 12 000 Quadratmetern und die Häuser bieten nur 4500 Quadratmeter; also wird das Bedürfnis nicht gedeckt. Provisorien aber werden doch nur durch provisorische Mittel geschaffen, also durch Miethverträge, nicht aber durch das Definitivum eines Hauskaufs von mehr als 1 1/2 Millionen.

Stadtrath Namslau: Der Preis sei sehr mäßig, und die Befürchtung, daß die anstoßenden Grundstücke, wenn erst einmal die „Zwangslage“ da sei, enorm theuer gekauft werden müßten, hinfällig.

Stadtv. Esmann: Hätte der Magistrat die Bewilligung von Miethräumen für städtische Büreaus nachgeschickt, niemand hätte das beanstandet. Daß die Räume der zu kaufenden Häuser sich ohne weiteres zu Büreaus eignen, kann kein Baufachverständiger behaupten haben; es sind zum Teil Pferdeställe, Paraden, in welche unsere Beamten sich auf keinen Fall hineinlassen werden. Jedenfalls sind die Häuser Jüdenstr. 55-57 dazu unbrauchbar. Bei der Vorlage muß also wohl ein Hintergedanke obwalten, wenn er auch erst im nächsten Jahre greifbare Formen annehmen möchte.

Stadtrath Brandenstein: Die Vorlage ist gar nicht vom Magistrat ausgegangen, sondern dieser hat sich nur einen Vorschlag zu eigen gemacht, der aus der Mitte des Ausschusses kam. Wir brauchen dringend neue Büreauräume; wir müssen demnach auch aus dem königlichen Rathhaus weichen und in unserem Rathhause haben auch die jetzt darin befindlichen Büreaus keinen genügenden Raum mehr. Auch am Wolfenmarkt, wo Herr Vincusohn bauen will, würden wir Platz einbüßen und nicht genug Fläche übrig behalten.

Stadtv. Vincusohn: Redner bemängelt ebenfalls die hohen Preise für die Grundstücke und fragt, was denn werden solle, wenn das zweite Rathhaus nicht auf den Block käme? Man erzähle sich, daß die Schlüsselsteine der übrigen Häuser des Blocks prolongirt worden seien. (Hört, hört!)

Stadtv. Bergmann tritt unter lebhafter Unruhe der Versammlung für den Ankauf in Uebereinstimmung mit dem Magistratskommissarien ein; Stadtv. Scheidung weiß zwar nicht sicher, ob der Zug nach der Einverleibung dahin gehen wird, zu centralisiren, möchte aber in diesem Falle die hier gebotene günstige Gelegenheit nicht vorbelassen.

Stadtv. Sachs II fragt, ob denn dem Magistrat nicht genügende Miethräume angeboten seien und ob er event. dem Ausschuss davon Mittheilung gemacht habe. In der Rosenstraße habe man Miethräume von gros dem Magistrat auf 5-10 Jahre in den neu fertig zu stehenden Häusern zur Verfügung gestellt.

Nach einer kurzen Berichtigung des Bauraths Brandenstein schließt die Debatte. Aus den nachfolgenden persönlichen Bemerkungen ergibt sich, daß noch der Behauptung verschiedener Mitglieder es der Stadtrath Namslau gewesen ist, der den Vorschlag wegen des Ankaufs im Ausschuss gemacht hat. (Hört, hört!)

Der Antrag Meyer I, die Vorlage dem Magistrat zurückzugeben wird abgelehnt, ebenso die Vorlage selbst, die nur wenige Stimmen findet.

Der Kommission zur Prüfung und Unterstutzung von Rauchverbrennungs-Vorrichtungen soll zur Deckung der Kosten für die Fortsetzung der betreffenden Versuche und sonstigen Ausgaben eine nochmalige Beihilfe von 2000 M. gewährt werden. Die Bewilligung soll jedoch nur unter der Bedingung erfolgen, daß auch aus der Staatskasse weitere Beiträge hergegeben werden.

Stadtv. Khlmann begründet einen Antrag auf Bildung einer ständigen Deputation für Verkehrsangelegenheiten. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Für das Verzeichnis der im Jahre 1895/96 neu- bzw. umzupflasternden Straßen und Plätze wird ein besonderer Pfasterauschuss eingesetzt.

Schluß nach 8 1/2 Uhr.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hat in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag des Vereins deutscher Maschinen-Ingenieure auf statistische Feststellung über die Verbreitung von Kleinmotoren abgelehnt und die Antragsteller an das Polizeipräsidium gewiesen. Die Gewerbe-Deputation hält sich nicht für zuständig. Nur die Polizei kann alles!

Abgelehnt wurde auch ein Antrag des Petitionsausschusses, Erhebungen über die Ausbreitung des Straßenhandels anzustellen.

Dasselbe Schicksal hatte ein Antrag des Bundes für Bodenbesitz-Reform auf Aufstellung einer Statistik über die in den letzten vier Jahren im Bauhandwerk eingetretenen Verluste. Die bei der Beratung gepflogene Debatte zeigte, welche wunderlichen Ideen in den Köpfen der Anhänger und Fürsprecher des Antrages spulten. Zum Beispiel die Forderung, eine schwarze Liste anzulegen, in welche alle diejenigen eingetragen werden sollen, welche im Baugeschäft Konkurs und sonstige Ruinthaten gemacht haben, bei welchen die Kleinhandwerker das leere Nachsehen gehabt haben. Diese Liste soll, sobald der sogenannte „Bauschwundler“ seinen Wohnsitz wechselt, an die betreffende Ortsbehörde weiter gegeben werden. Die also Geschickten sollen auch nicht früher wieder die Erlaubnis erhalten, im Baugeschäft thätig zu sein, bis sie ihre Schulden bezahlt haben. Dieser Wunschzeitel erzielte nur einen Heiterkeitserfolg. Leute mit solchen Anschauungen wissen eben nicht oder wollen nicht wissen, daß der Bauschwundler nur ein Teil des auf allen Gebieten des Birthschaftslebens vorhandenen eingefressenen Schwindels ist, der nur beseitigt werden kann, wenn man das System beseitigt.

Dem von der Schutzmacher-Innung aufgestellten Haushaltsplan wurde die Genehmigung versagt, weil derselbe so künstlich aufgestellt war, daß die Innungsmitglieder zu den Wohlthats-Einrichtungen der Innung nichts, die Nicht-Innungsmitglieder 1,20 M. bezahlen sollten.

Wie sehr der Innung die Wohlfahrt ihres Gewerbes am Herzen liegt, erhellet zur Genüge daraus, daß sie jährlich 100 M. für Einschreiben und Ausschreiben der Verbringer erhebt, zur Nachschule aber nur 600 M. Beitrag leistet. Seinerzeit wurde dieser Innung auch das Recht gewährt,

ihren Bezirk auf 7 1/2 Kilometer im Umkreis von Berlin auszu-dehnen; das hat sie denn auch gethan, d. h. so, daß sie die dort wohnenden Schutzmacher zu den Lasten der Innung heranzog, ohne aber die übernommene Verpflichtung zu erfüllen, für sog. Wohlthats-Einrichtungen (Herbergen) zu sorgen.

Die Gewerbe-Deputation hat denn auch beschlossen, der Innung dieses Recht wieder zu entziehen.

Man kann wohl sagen, die größten Feinde der Innungen sind die Innungen selber.

Zum Schluß entspann sich noch eine lebhafteste Debatte über die Maßnahmen der Gewerbe-Deputation gegenüber denjenigen Krankenkassen, welche beabsichtigen, die freie Arztwahl einzuführen.

Dabei wurde zunächst festgestellt, daß die eigentliche Gewerbe-Deputation mit den Krankenkassen gar nichts zu thun hat, sondern nur der Vorsitzende und sein juristischer Beirath.

Diese beiden sind nun der Meinung, und wie mitgeteilt wurde, stimmt der Oberpräsident und der Minister mit ihnen überein, daß es gesetzlich unzulässig sei, daß die Kassen anstatt mit den Ärzten direkt, d. h. mit jedem einzeln, mit einem Verein der Ärzte Abkommen behufs Behandlung der erkrankten Mitglieder treffen.

Hierbei wurde ein Brief des bekannten Interpreten des Krankenversicherungs-Gesetzes Geheimrath Woedike vorgelesen, der auf einem anderen Standpunkt steht als die Kassenbehörde.

Allem Anschein nach wird über diese Streitfrage in nächster Zeit ein lebhafter Kampf entbrennen. Nur wenn die Ärzte so laut schreien, wie die Herren Agrarier, werden sie wohl auch recht bekommen.

### Lokales.

Die Liste der bojkottfreien Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen von den hierzu beauftragten Kontrollireuren bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Max Bading, Beuthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Naar Geld scheint für die kleinen Ringbrauereien ein sehr rarer Artikel geworden sein, denn eine, durch die bürgerlichen Blätter gehende Notiz giebt folgendes Fund:

Die sogenannten „Ringbrauereien“ haben beschlossen, zur weiteren Unterstützung der kleineren weniger kapitalkräftigen Brauereien bei einem hiesigen Bankinstitut einen Kredit bis zur Höhe von einer Million Mark zu eröffnen. Die zum Verein gehörigen Brauereien leisten für diesen Betrag gemeinsam Garantie, während eine Beschäftigung über die Höhe der den einzelnen Brauereien zu gewährenden Kreditsumme vorbehalten bleibt. Zu diesem Zweck ist mit der Dresdener Bank ein Vertrag auf die Dauer von drei Jahren vereinbart worden.

Jeder Einsichtige weiß, daß mit derartigen Millionenhilfe die kleinen Brauereien zwar fester von den großen Ringbrauereien gefesselt aber nimmermehr aus ihren Krallen heronsungsfertig werden. Groß wird die Freude bei den kleinen Ringbrauereiern ob dieses problematischen Weihnachtsgeschenks gerade nicht sein.

Wie anders die Arbeiter, die nach wie vor rückhaltlos und in baar den gemäßigten Genossen gegenüber ihre Pflicht thun, ohne daran zu denken, den Mißbedürftigen eines Tages mit Wecheln die Kehle zuzuschneiden.

Die Berliner Presse behandelt im allgemeinen den Bierbojkott gegenwärtig mit einer gewissen Zurückhaltung, die sich zunächst daraus erklärt, daß die nahenden Festtage den Raum der Blätter absorbiren. Nicht zu einem geringen Grade läßt sich dieses Schweigen aber auch herleiten aus einer Art unbehaglichen Gefühle, das sich in manchen bürgerlichen Kreisen bei Erwähnung der „leidigen Bierfrage“ oftmals Ausdruck verschafft. Man ist mit einem Worte verstimmt, daß der „alberne Bierkrieg“ wie man sich schon mehrfach geäußert hat, „so lange dauert“. Es wird den nicht direkt dabei Interessirten allmählich auffällig, daß das große „zu Kreuze kriechen“ von Seiten der Soj's noch immer nicht eintritt. Wie oft hat gerade dieses Argument helfen müssen, das widerhaarige Gemüth eines „Weltmenschen“ weich und denbeutel leicht zu machen, wenn ein Abgesandter der nothleidenden Saalbedienten in der Rolle eines armen Reisenden sich präsentirte! Jetzt zieht die Resignation ein in jene Kreise und an die Stelle der vollen Jubeltöne tritt die elegische Klage.

Die paar Berliner Blätter, die sich mit der reinen Judenfreiererei in dieser schweren Zeit schlecht und recht durchschlagen, haben natürlich auch den Bierbojkott, wo der Judenbajulus für sie obenans schwamm, nach allen Regeln der Kunst ausgeschlachtet, und ganz besonders freut es sie, wenn sie die Nachricht eines Berichterstatters verbreiten dürfen (wie das in der letzten Woche wieder geschah), daß die Ringbierreiter mit ihren Knappen, den frumben Saalverweigerern, eines schönen Tages den großartigen Einsall bekommen haben zu beschließen, daß sie mit der Berliner Arbeiterschaft überhaupt nie wieder etwas zu thun haben wollen, und es feierlichst verschworen haben, sich auf Verhandlungen zur Beilegung des Bojkotts einzulassen. — Dazu die Saalbesitzer fest bleiben, freut uns aufrichtig, bemerkt das Antisemitenblättchen, das den stolzen Namen „Frei-Deutschland“ trägt, und es schließt nach einem kramphastigen Ringbier, seinen Lesern eingureden, daß die gefährlichsten Verborgenerischen Arbeiter zum „weitaus größten Theile“ ihren Standpunkt verlassen haben, mit der in diesem Falle sehr sonderbar klingenden fatalistischen Phrase: „... die wenigen, die noch der Leitung folgen, ja, denen ist eben nicht zu helfen. — So liegt unseres Erachtens die Sache.“

Der Schluß macht „unseres Erachtens“ die ganze Freude an dem problematischen Festbleiben der Saalbesitzer zu nichte. Wenn „eben nicht zu helfen“ ist, steht die Sache für die letzteren trotzdem sehr faul, auch wenn das keine Blättchen in seiner Harmlosigkeit von wenigen spricht, die den Bojkott halten. Wir sind in der Lage, einen ganz unerbittlichen Zeugen zu stellen. Die Nummer (309) der „Deutschen Worte“, die dem Ringe entschieden freundlich gegenübersteht, schreibt in ihrem lokalen Theil unter der Rubrik „Arbeiterbewegung“:

... Selbst der Bierbojkott ist in den Hintergrund getreten (vor dem Weihnachtsfest); man täuscht sich aber sehr, wenn man glaubt, daß er nur lässig von der Arbeiterschaft beobachtet wird. Am meisten leiden darunter die Saalbesitzer in den Arbeitervierteln, die im Gegensatz zum vorigen Winter noch für viele Sonnabende und Sonntage ihr Lokal frei haben. — Wir können zufrieden sein.

Am königlichen Schloß spielen jetzt zur holden Weihnachtzeit Arbeiterentlassungen, wie auch die Verlegungen eine nicht unbeträchtliche Rolle. Während unsere Darlegungen der Arbeitsverhältnisse am Schloßbau den Vergleichen einige immerhin in betracht kommende Vortheile gebracht haben, scheint es, daß bei den Maurern und Zimmerern, die noch bei den Renovationsarbeiten thätig sind, die alten, aus unseren Schilderungen her bekannten Missethände im vollen Maße bestehen. Die am Schloß beschäftigten Maurer haben Tag für Tag Ueberstunden, die gewöhnlich bis acht Uhr dauerten, machen müssen. Trotzdem sind am letzten Sonnabend neunzehn Mann auf die Straße gesetzt worden, angeblich, weil keine Arbeit mehr für sie vorhanden war. Bei alledem war es mit den Ueberstunden auch für die noch in Beschäftigung gebliebenen Maurer nicht zu Ende — es wird auch in dieser Woche lustig bis acht Uhr Abends geschuftet. Den Magistrat einer königlichen Haupt- und Residenzstadt, der vor kurzem die Bekanntmachung erlassen hat, daß er keine auswärtigen Arbeiter beschäftigen wolle, wird die Mittheilung interessieren, daß die am letzten Sonnabend entlassenen 19 Mann wesentlich Berliner Einwohner sind und daß von den jetzt noch in Beschäftigung gebliebenen Maurern etwa die Hälfte außerhalb Berlins ihre Wohnstätte haben.

Von den Zimmerern am Schloßbau sind am Sonnabend, den 8. Dezember 39 Mann entlassen worden. Trotzdem haben die in Beschäftigung gebliebenen 30 Mann ebenfalls in der verfloffenen Woche jeden zweiten Tag Ueberstunden abreiben müssen. Am Montag dieser Woche dauerte die Arbeitszeit für einen Theil der Zimmerleute von Morgens sechs Uhr bis Abends sieben Uhr, nachdem diese Arbeiterkategorie teilweise nicht allein die Nacht zum Sonntag bis Morgens neun Uhr und auch die Nacht zum Montag bis Mittags zwölf Uhr gearbeitet hatte. Am Montag Abend wurde wiederum an die Zimmerer das Verlangen gestellt, die Nacht hindurch zu arbeiten. Dies geschah auch in überreicher Weise. Denn die Arbeit dauerte nicht allein die Nacht über, sondern auch den nächstfolgenden Tag und die Nacht zum Mittwoch — also 36 Stunden einschließlich der üblichen lang bemessenen Pausen. Ein Theil der Zimmerer kam am Mittwoch Mittag wieder an die Arbeit. Am Dienstag Abend erging an andere Zimmerer, die sich in der vorhergegangenen Wechselschicht ähnlicher unmenslicher Ausbeutung unterworfen hatten, das Verlangen, wieder Ueberstunden zu machen und „erforderlichenfalls“ die Nacht hindurch zu arbeiten. Einige dieser Arbeiter fühlten sich aber nach so langer Qual zu abgespant und gingen daher rechtzeitig nach Hause. Am Mittwoch Morgen wurde diesen Handwerkern erklärt, daß sie entlassen seien. Warum? Weil sie das ergangene Gebot mißachtet und Bedenken getragen hatten, das einzige Gut, das sie ihr eigen nannten, ihre Arbeitskraft in einer Weise zu vergeuden, die sie ihrer Familie gegenüber, welche auch noch in späterer Zeit auf sie angewiesen ist, nimmermehr hätten verantworten können. Zwar sind diese Leute, wanzig an der Zahl, wieder eingestellt worden, nachdem sie am Mittwoch Abend mit dem Hof-Kaufinspektor Geyer Rücksprache genommen hatten. Aber bezeichnend bleibt dieser Fall doch für die Manier, in der man in dem vornehmsten Gebäude des christlichen Kaiserstaates Preußen mit Arbeitern umzugehen beliebt. Es sei noch bemerkt, daß die Zimmerer am Schloßbau dem Leiter, Herrn Dertel, einen sehr wesentlichen Theil der Schuld an der ihnen zugefügten Behandlung zuschreiben. Ob noch weitere Entlassungen in nächster Zeit erfolgen werden, ist nicht bekannt; aber das eine scheint sicher zu sein, daß die unmensliche Arbeitslast, die unverantwortliche Anspannung auch fortan weiter gehen wird. Und warum das alles? Die Arbeiten im königlichen Schloß sollen, wie wir gehört haben, zu der Zeit beendet sein, in der die großen Hoffestlichkeiten ihren Beginn nehmen. Zur Zeit der großen Hoffestlichkeiten werden dem Herrkommen gemäß auch die großen Arbeitslosen-Versammlungen abgehalten werden. Es ist dann recht wahrscheinlich, daß unter den am königlichen Schloß beschäftigt gewesenem Arbeitern mehr als einer erzählen wird, wie er sich hat ablagern müssen, um zur Zeit der großen Hoffeste mit Weib und Kind der Arbeitslosigkeit und dem Glend überantwortet zu sein.

Einen ganz unbegreiflichen Eingriff in die Rechte der Ortskrankenkasse leistet sich eine Verfügung der Gewerbe-Deputation, die mehreren Ortskrankenkassen zugegangen ist. Das Schriftstück enthält die Aufnahme einer Verabredung, bei der Vertreter aus der Ortskrankenkasse der Bildhauer, Goldschmiede, Graveure, Drechsler, Klempner, Gärtler und Töpfer zugegen waren. Es heißt in dem Protokoll:

Herr Assessor Meyer eröffnet den Herren im Auftrage des Herrn Vorsitzenden, daß die Gewerbe-Deputation als Aufsichtsbehörde der Krankenkasse den erschienenen Vertretern unter Androhung einer Ordnungsstrafe von 100 M. für den einzelnen die Erneuerung der Verträge mit dem Verein der freigewählten Kassenärzte als solchen untersagt, sofern nicht die dem Verein angehörenden Ärzte sich bereit erklären, einen Sondervertrag mit der Kasse abzuschließen, während der Vorstand seinerseits nicht die Verpflichtung hat, jeden beliebigen Arzt, welcher dem Vorstande als Vereinsmitglied vorgeschickt wird, auch als Kassenarzt zu akzeptieren.

Im übrigen weist der Vertreter der Aufsichtsbehörde ausdrücklich darauf hin, daß, falls die Verträge ungeachtet in bindender Form mit dem Verein abgeschlossen werden, die Aufsichtsbehörde sich gezwungen sehen würde, die Anstellung dem Gesetz entsprechender Kassenärzte zu erzwingen und für die durch etwa notwendige Zahlung der Honorare an den Verein freigewählten Kassenärzte entstandenen Kosten dem Vorstand persönlich regrektsichtig zu machen.

Die Kassenvorstände haben bisher ihren Vertrag mit dem Vorstand des „Vereins der freigewählten Kassenärzte“ abgeschlossen, damit fanden den Kassenmitgliedern alle zu diesem Verein gehörenden Ärzte zur Verfügung. Eine Einrichtung, die den Mitgliedern dieser Kassen äußerst angenehm war, weil ihnen eine weit bessere Behandlung zu Theil wurde, als unter der Zugehörigkeit zu dem Gewerks-Kassenverein. Missethänden, die sich, wie das ja bei jeder Neueinrichtung vorkommt, bemerkbar gemacht haben, ist in den Kreisen der Ärzte und der Kassenvorstände soweit wie möglich abgeholfen worden. Es ist gar nicht zu ersehen, aus welchem Grunde die Gewerbe-Deputation den Abschluß dieser Verträge hindern will. Ihr Vorhaben ist geradezu ungeheuerlich. Im „Krankenversicherungs-Gesetz“ befindet sich kein Anhalt für die Berechtigung eines solchen Vorgehens. Sollte aber die Absicht bestehen, zu einem Hieb gegen die „freie Arztwahl“ auszuholen, so werden die Mitglieder dieser Kassen alle Veranlassung haben, auf das entschiedenste gegen dieses Vorhaben Front zu machen, und die Gewerbe-Deputation mit ihrer allzu „peinlichen“ Sorgfalt für die Kassen auf die ihr zugehörenden Befugnisse verweisen.

In den Organen der Edelsten und Besten, die zu Capriotti Zeiten um der 1 M. 50 Pf. willen sozialdemokratisch werden wollten, und die nun, da sie begründete Aussicht auf reichliche Abfütterung haben, bis auf weiteres ihre Geschäftstheile in Königstüne machen, in den Organen dieser Profittüftler also findet sich das folgende, geborsamt aus der Korrespondenz des Herrn Schweinburg abgedruckte Denunziationsstück:

In den Erörterungen, welche über das Ehenbleiben sozialdemokratischer Abgeordneter bei dem im Reichstage auf den Kaiser ausgebrachten Hoch angestellt werden, wird vielfach nach ähnlichen Vorgängen in der Vergangenheit gefragt. Einer der nächstliegenden Fälle jedoch wird, wenigstens so weit aus unserer Verfolgung der Erörterungen festzustellen werden kann, übersehen. Es wird uns

auf das Bestimmteste versichert, daß in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung die Sozialdemokraten bei jedem Hoch auf den Kaiser ruhig sitzen bleiben und daß sie, auch wenn bei Verlesung kaiserlicher Antwortschreiben auf Gladstonesche der Stadtverordneten der größte Theil der Versammlung sich erhebt, auf ihren Plätzen verbleiben. Es sei das, so wird uns ferner mitgeteilt, ein, wenn auch höchst unsäbner, doch so alter „Brauch“, daß er in den Sitzungen der Berliner Stadtverordneten garnicht mehr auffaßt.

Die gewiß begründete Hoffnung, daß der agrarische Futtermittel-Trog bis zum Ueberlaufen auf Kosten des arbeitenden Volkes angefüllt werde, ändert bekanntlich nichts an der Wahrheit des Spruchs: Der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!

Und nochmals das Denunziantenthum in der agrarischen Presse. In dem Organ des Bundes der Landwirthe, der „Deutschen Tages-Zeitung“ steht folgende Briefkastennote zu lesen:

A. N. in Br. Verbindlichsten Dank für die Zuschrift, die wir diskret verwendet. Das ein Hoilieferant in einem sozialdemokratischen Parteiblatt annonciert, ist geradezu Unfug. Wir werden übrigens die Sache an zuständiger Stelle zur Sprache bringen.

Es ist schade, daß die deutsche Sprache keine kräftigeren Worte hat, als die, welche Bebel kürzlich im Reichstage gebrauchte, um die elchhafte Bedienten- und Denunziantennatur des schafelsten Theils der „deutschen Nation“ zu kennzeichnen.

Muß das eine Freude gewesen sein! Die Direktion der Munitionsfabrik in Spandau hat am Mittwoch eine Weihnachtsfeier veranstaltet. Durch Umfrage bei den Reisern war festgestellt worden, welche Leute von dem über 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen starken Personal, sei es durch Krankheit in der Familie oder durch sonstigen Ungemach, sich in bedürftiger Lage befanden. Es waren gegen 800 Personen ermittelt worden. Diese Leute erhielten Geldgeschenke im Betrage von sage und schreibe fünf bis zehn Mark!!! Ähnlich sind die in diesem Institut arbeitenden Mädchen bedacht worden. Wenn die Arbeiter nun nicht, aber Qual ledig, der bösen Sozialdemokratie abhold geworden sind, dann sind sie überhaupt nicht mehr zu retten!

Um Erweiterung des Viktoriaparkes am Kreuzberg durch Hinzunahme des sogenannten „Aufmarsch-Terrains“ petitioniren verschiedene bürgerliche Vereine an den Magistrat, der mit dem Kriegsministerium Verhandlungen anknüpfen soll. Die betreffenden Vereine weisen in der Petition, der ein voller Erfolg zu wünschen wäre, auf die unhaltbaren Zustände hin, welche durch die längere Belassung jenes Terrains in seinem jetzigen Zustande in sittlicher und sanitärer Beziehung herbeigeführt werden. Daß es mit den sittlichen Bedenken des gegenwärtigen Zustandes auf sich hat, ist aus dem Auszug aus der Petition, der der Öffentlichkeit vorliegt, nicht klar ersichtlich.

Ein Eisenbahnunglück von nicht sehr bedeutendem Umfange hat sich am Donnerstag Morgen gleich nach 7 Uhr am Potsdamer Ringbahnhofe zugezogen. Ein vom Schlesienschen Bahnhof abgefahrenes Sommerzug fuhr auf einen Prellbock auf. Als Grund dafür wird das Plagen eines Schlauchs auf der Maschine bezeichnet. Da der Prellbock pneumatisch eingerichtet ist, hat der Zug keinen Schaden erlitten. Der Hund, den das Zusammenfahren hervorbrachte, war indeß betart stark, daß ein Theil der Fahrgäste mit den Köpfen gegen die Wandung der Abtheilungen schlug und kleine Verletzungen davontrug. Beamte sind, wie mitgeteilt wird, nicht zu Schaden gekommen.

Ein regelrechte Holzerei entstand in der Nacht zum Donnerstag um 3/4 Uhr vor dem Café Bauer. Ein Edelster und Bestler, Namens v. Bülow, hatte in Gesellschaft von Seinesgleichen mit einem Manne der Wissenschaft, der sich in Begleitung einiger „Damen“ amüsierte, irgendwie Streit bekommen. Die Radamacher wurden zum größten Theil auf die Straße hinauskomplimentirt, doch kehrten sie nach kurzer Frist wieder zurück, um sich jedoch abermals bald zu entfernen. Mann war der Mann der Wissenschaft auf die Straße getreten, so erhielt er von dem Edelsten und Besten einen böartigen Hieb mit dem Schirm über den Kopf. Der Angegriffene wehrte sich seiner Haut, und nun entstand unter großem Menschenlärm eine so wichtige Keilerei, wie man sie selbst in den Standquartieren der Gebildeten selten zu schauen bekommt. Ein herbeigekommener Schutzmann packte die Weiden beim Krogen und brachte die Ruhestörer unter zahlreicher Begleitung nach der Polizeiwache in der Bauhofstraße. Hier gaben die hohen Herrschaften ihre feudalen Karten ab, um sich dann mit gehdrigem Brummschdel hoffentlich nach Hause zu begeben. Wahrscheinlich wird die Sache für die Radamacher noch ein Nachspiel haben.

Zur Warnung vor Radamsenzen der vorhin beschriebenen Art erläßt der Polizeipräsident bezüglich der Spolviernacht die übliche Warnung und fügt hinzu, daß Uebersichten nicht in Polizeistrafe genommen, sondern der Staatsanwaltschaft überwiegen werden sollen. Aus der Spolviernacht 1893/94 sind 108 Personen zu Geldstrafen im Einzelfalle bis zu 80 M. event. 15 Tagen Haft, und 23 Personen zu Haftstrafen, im Einzelfalle bis zu 16 Tagen, verurtheilt worden.

Die Oberfeuerwerksschiller sind vorgestern aus ihrer Haft in der Magdeburger Zitadelle entlassen worden und haben mit den Mittags- und Nachmittagszügen die Fahrt nach den Garnisonen ihrer Regimenter angetreten. Die Betreffenden befinden sich zweitägig in Haft; über die Art und Höhe der über sie verhängten Strafen können sie keine Mittheilung machen, da das Urtheil ihnen nicht verkündet worden. Die erfolgte vorläufige Entlassung läßt jedoch erkennen, daß mit ihnen nicht allzu streng verfahren worden ist.

Heber die letzte Hochfahrt des „Phönix“ am 4. d. M. wird mitgeteilt, daß dieser Ballon die bisher noch nicht registrierte Höhe von 9150 Metern erreicht hat, welche nach der in ähnlichen Fällen gewöhnlich angewendeten Berechnungsweise 9800 Metern entspricht. Mit dieser Fahrt ist das Unterneuhnen der Erforschung höherer Luftschichten durch Ballonfahrten zum Abschluß gekommen.

Die Eltern eines ausgefundenen entführten Kindes werden gesucht. Bei einer Händlerfamilie Klöppel, die ganz Deutschland bereits durchstreift hat, wurde gelegentlich deren Verabingung in Musterhausen ein etwa 7 Jahre altes Mädchen ausgefunden, aus dessen Angaben hervorgeht, daß es von den Klöppelschen Eheleuten geraubt oder gewaltsam mitgeführt worden ist. Die Kleine ist nach dem Geständnis des inhaftirten Oberpaars etwa 4 Jahre bei demselben und soll den A.lichen Eheleuten von seinen eigenen Eltern in der Nähe von Hamburg geschenkt worden sein. Da aber dringende Verdachtsmomente eines Kindesraubes vorliegen, so werden Personen, die zu dieser Sache Interesse haben und etwaige Aufkündigungen geben können, dringend gebeten, etwaige Mittheilungen an das Stadthaus in Hamburg, Zimmer Nr. 90, machen zu wollen.

Ein ausländischer Offizier, der sich in Berlin zur Ausbildung befindet, soll, wie mitgeteilt wird, von der Staatsanwaltschaft verfolgt werden, weil er sich an der Frau seines Vorgesetzten, eines in der Lutherstraße wohnenden Obersten v. G., unzüchtig vergangen hat.

Selbstmord in einem Hotel der Friedrichstraße. In der Nacht zum Mittwoch legte in den Gahhof ein Herr ein, der sich als der am 7. November 1891 zu Eberfeld geborene Reisende Albert Krüger in das Fremdenbuch eintrug. Er hatte

einen Reiseforb bei sich, in dem sich Stoffproben befanden, sobald anzunehmen ist, der Reisende wollte mit Konfessionsgeschäften in Verbindung treten. Am Donnerstag Morgen ließ er sich nicht sehen. Der Wirth ließ das Zimmer öffnen und fand seinen Gast am Fensterkreuz an einer wollenen Schnur hängend todt vor. Es wurden weder Geldmittel noch Ausweisepapiere vorgefunden. Man weiß daher nicht, ob der angegebene Name richtig ist. Die Leiche ist gegen Mittag dem Schauhause zugeführt worden.

Kurz vor der Heirat vergiftet hat sich mittels Kohlenoxydgases die 35 Jahre alte Auswärtlerin Karoline Leitner, die in dem Hause Straßburgerstraße 5 bei den Gerlach'schen Eheleuten eine einseitige Stube bewohnte. Sie war mit dem Schiffer Paul M. verlobt, und die Hochzeit war auf den 29. d. M. festgesetzt worden. Aus Aeußerungen der Leitner geht hervor, daß sie fürchtete, die Verbindung möchte seitens der Angehörigen vereitelt werden.

## Gerichts-Beitrag.

Die Verkränkung von Verfühen gegen den Aufwand, die in den Jagen der Stadtbahn noch immer recht zahlreich begangen werden sollen, hat ihre Schwierigkeiten, wie die verschiedenen gerichtlichen Verhandlungen beweisen. Die Anklagen scheitern meist daran, daß es nicht gelingt, den erforderlichen Beleg der Oeffentlichkeit festzustellen. Nur in wenigen Fällen ist es bis jetzt gelungen, Personen, die in der angegebenen Weise sich vergangen haben, zur Verkränkung zu bringen. Am Dienstag stand wieder ein noch recht junges Pärchen, in dieser Art angeklagt, vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Staatsanwalt beantragte je eine Woche Gefängnis, der Gerichtshof mußte aber auf Freisprechung erkennen, da der „Erzähl“ auf einer häuslerleeren Strafe vorgenommen und das Moment der Oeffentlichkeit nicht gegeben war.

Wie aus den bis jetzt bekannt gewordenen Verhandlungen hervorgeht, waren es zumest „gebildete“ Herren im Roupée zweiter Klasse, die der Partnerschaft an den „Erzesseln“ beizugt worden sind.

Verjährung von Schuldforderungen. Mit dem Ablauf des Kalenderjahres geht in Bezug auf eine Anzahl Forderungen die Möglichkeit, dieselben auf gerichtlichem Wege geltend zu machen, zu Ende. Nachstehende Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen über die Verjährung dürfte daher von allgemeinem Interesse sein. Aus dem Jahre 1892 verjähren die Forderungen 1. der Fabrikunternehmer, Kaufleute, Krämer, Künstler und Handwerker für Waare und Arbeiten, sowie der Apotheker für Arzneimittel, mit Ausnahme solcher Forderungen, welche in Bezug auf den Gewerbebetrieb des Empfängers entstanden sind; 2. derselben Kategorie wegen der an ihre Arbeiter gegebenen Vorschüsse; 3. der Schul- und Erziehungsanstalten aller Art für Unterricht, Erziehung und Unterhaltung; 4. der Lehrer für Honorar; 5. der Fabrikarbeiter, Gesellen u. Handarbeiter wegen rückständigen Lohnes; 6. der Fuhrleute und Schiffer wegen Fuhrlohn und Frachtgeldes, sowie ihrer Anslagen; 7. der Gast- und Speisewirthe für Wohnung und Beköstigung.

Aus dem Jahre 1890 verjähren die Forderungen 1. der Kirchen, Geistlichen und Kirchenbeamten wegen Gebühren und kirchlichen Handlungen; 2. der Kommissare von öffentlichen Behörden, Anwälten und Notaren, Medizinalpersonen u. d. d. Zeugen und Sachverständigen wegen ihrer Gebühren und Anslagen; 3. der Haus- und Wirtschaftsoffizianten, der Handlungsgehilfen und des Gesindes an Gehalt, Lohn und anderen Vezügen; 4. der Lehrherren wegen des Lehrgeldes; 5. der Rückstände an vorbedingtem Zinsen, an Mieth- und Pachtageldern, Pensionen, Besoldungen, Alimenter, Renten u. d. d. wegen Rückstände und Abgaben, die infolge einer vom Staate besonders verliehenen Verächtigung an Privatpersonen zu entrichten sind, als Wege-, Brückengelder u. d. d. auf Erstattung ausgelegter Prozesskosten von dem dazu verpflichteten Gegner; 8. auf Nachzahlung der von den Gerichtlichen, Generalkommissionen gar nicht oder zu wenig eingedorderten oder auf Erstattung der an dieselben zu viel gezahlten Kosten mit Einschluß der Stempel- und Portogefälle ausgenommen bleiben jedoch die Werthstempel, welche mehr als 1 Pct. betragen oder zu Verträgen oder Schuldverordnungen zu verwenden sind. Zur Unterbrechung der Verjährung genügt nicht ein vor dem 31. Dezember d. J. eingereichter Klage-Antrag, es muß vielmehr die Klage resp. der Zahlungsbegehrt dem Schuldner vor dem 31. Dezember d. J. zugestellt werden.

Mangelhafte Intelligenz hat sich gestern bei einem wegen fahrlässigen Meineides vor der zweiten Strafkammer stehenden Angeklagten als eine nicht zu unterschätzende Charaktereigenschaft erwiesen. Auf dem Grundstücke des Eigentümers Niehe in Reinickendorf wurde eines Tages geschossen und ein Schrotkorn durchbohrte den Hut des auf dem Nachbargrundstück arbeitenden Gärtners Daum. Derselbe leiterte die Grundstücksmauer empor, sah auf das Niehe'sche Grundstück hinüber und sein Arbeitgeber denunzirte nun Niehe wegen des Schießens. Niehe wurde auch in erster Instanz bin verurtheilt, nachdem Daum wohl in Irrthum versetzt worden sei, daß Niehe und er dicht bei einander und das Gewehr zwischen Ihnen stand. Daum gab dies in der zweiten Instanz ganz ruhig als möglich zu. Die Folge war die Anklage wegen fahrlässigen Meineides. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Flatau glaubt dagegen, daß die Intelligenz des Angeklagten nicht so groß sei, um ihn den Unterschied klarzumachen zwischen dem, was er selbst wahrgenommen und was nur Schlussfolgerungen waren. Der Gerichtshof kam auf Grund des ganzen Verhaltens des Angeklagten zu derselben Auffassung und sprach ihn frei.

In der Verurtheilung Instanz wurde gestern gegen den Handelsmann Hermann Vinke verhandelt, der vom Schöffengericht wegen Diebstahls zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war. Im August ds. Js. hatte die Witwe G. eine Heirathsannonce veröffentlicht. Als Bewerber meldete sich der Angeklagte. Am 2. September er. begab er sich mit ihr nach dem Schweizer Garten, wo sie einige Glas Bier genossen. Nach mehrstündigem Zusammensein trennten sie sich vor der Wohnung der Witwe G. Die Letztere hatte kaum ihre Stube betreten, als sie entdeckte, daß ihr Portemonnaie mit 64 M. Inhalt aus ihrer Tasche verschwunden war. Ihrer Ueberzeugung nach konnte nur ihr Bewerber es ihr gestohlen haben. Es kam ihr jetzt in Erinnerung, daß der Angeklagte sich feils, der Höflichkeit entgegen, an ihrer rechten Seite gehalten habe und ihr Verdacht erhielt noch neue Nahrung, als der Angeklagte sich nicht wieder blicken ließ. Da sich in der Verhandlung vor dem Schöffengerichte herausstellte, daß der Angeklagte schon mehrere Monate zuvor sich um eine andere Dame beworben hatte, obgleich er Frau und Kind braut, so wurde angenommen, daß er nur dem Heirathschwindel obliege, um seine Opfer auszubuten. In der zweiten Instanz wiederholte der Angeklagte seine Unschuldbehauptungen. Im Schweizer Garten seien sie mehrmals ins Gedränge getrieben und dabei müsse ein anderer den Diebstahl begangen haben. Die Zeugin G. mußte bekunden, daß er ihr an demselben Tage sein eigenes Portemonnaie gezeigt habe, welches viele Goldstücke enthielt. Nach der Vernehmung der Zeugin führte der Vertheidiger, Hr. M. Leonard Friedmann aus, daß die Belastungsmomente keineswegs ausreichten, um den Angeklagten zu verurtheilen. Die Witwe mit voller Mittelstufung, als welche die heirathsüchtige Witwe sich in den Annoncen bezeichnet habe, sei gegen den Angeklagten eingenommen, weil sie ein Herz gesucht und ihr



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 21. Dezember. Opernhaus. Orpheus und Eurpdile. Schauspielhaus. Salali. Deutsches Theater. Hamlet. Festung-Theater. Zwei Wappen. Berliner Theater. Der Parrer von Kirchfeld. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Geschlossen. Residenz-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Vieliebchen. Schiller Theater. Krieg im Frieden. Neues Theater. Der kleine Mann. Theater Unter den Linden. Der lustige Krieg. Tanz-Divertissement. Sellenkauer-Theater. Das Wunderhorn. Central-Theater. O! diese Berliner. Adolph Ernst-Theater. Keine Vorstellung. Alexanderplatz-Theater. Ein Modell. Vorher: Konfessionen. National-Theater. Die Wucherer von Berlin. Reichshalle-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

**Neue freie Volksbühne**  
im Central-Theater, Alte Jakobstr. 80.  
Mittwoch, 26. Dez., 11. Abtd. 2 1/2 Uhr:  
**Schlimme Saat**  
von Otto Vischer: Regie Emil Vossing.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 182.  
**Novität! Novität!**  
**Die Wucherer v. Berlin.**  
Vollständiges mit Gesang aus dem modernen Berliner Leben in 4 Akten von Ernst Clefeld. Musik v. Adolph Wiedicke.  
Regie: Max Samst.  
Raffensöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Gastspiel des Fr. Bertha Rother: Ein Modell. Vorher: Die Wucherer von Berlin.

**Central-Theater**  
Alte Jakobstraße Nr. 30.  
Zum 113. Male:  
**O, diese Berliner!**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Julius Gindshofer.  
Anfang 1/8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, den 23. Dezember:  
Erstes Wiederauftreten von  
**Emil Thomas.**  
Zum 115. Male:  
**O, diese Berliner!**  
(Bielefeld-Emil Thomas).

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Wallner-Theaterstrasse.  
Freitag, den 21. Dezember, Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**  
Sonntag, den 22. Dezember: Zum 1. Male: **Prinz Friedrich von Homburg**, Schauspiel in 5 Akten von Heinrich von Kleist.  
Sonntag, den 23. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, Vorstellung für die städtischen Volksschulen: **Der Menonit**. Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**  
Montag, den 24. Dezember: **Keine Vorstellung.**

**Adolph Ernst-Theater**  
Wegen Vorbereitung:  
**Keine Vorstellung.**  
Am 1. Weihnachtsfeiertage:  
Zum 1. Male:  
**Ein fideles Corps.**  
Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.  
Der Vorverkauf zu den drei Feiertagen findet vom Sonntag, den 22. d. M. ab an der Theaterkasse von 12-2 Uhr statt.

**Passage-Panoptikum.**  
  
**51 wilde Weiber aus Dahomey.**  
Die Hexenjaukel, neueste Illusion.

# Castan's Freie Volksbühne.

Panoptikum.  
Englische Marionetten.  
Illusions-Caroussel.

**Stettiner Sänger**  
an allen 3 Weihnachts-Feiertagen:

in  
**„Sanssouci“**  
Cottbuserstr. 4a.  
Anfang 7 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Jeden Abend  
neues  
Programm.

## Circus Renz

Carlstrasse.  
Freitag, den 21. Dezember ev.,  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. außerordentl. Vorstellung.**  
**Tjo Ni En.**  
(Beim Jahreswechsel in Peking).  
Neue Musikinstrumente, Poa ma, (großes Bonusspringen), neue überaus rasche Lichtspiele.  
Außerdem: 6 traktorn. Rapphongo, in Freiheit dressiert, vorgef. v. Herrn R. Renz. Das Schulpferd Cyd, hierauf: der Steiger Solon, gr. v. Frau Renz-Stark. Mr. Jules Keller, unerreichtbarer Handequilibrist. Major Burk, amerikan. Original-Militär-Exercitien. Colmar, schwarzbr. Hengst in d. hohen Schule, geritten von Frn. Ernst Renz. Mr. Clark, Jockey. Fr. Mathilde Renz und Mlle. Lola, Reitanfängerinnen. Mr. Lavater Lee, Gebr. Villand etc.  
Morgen, Sonnabend, u. folgende Tage: Tjo Ni En.  
Sonntag, den 23. Dezember:  
Eine Vorstellung Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En.  
Montag, den 24. Dez., Nachm. 2 Uhr:  
Große Matinee bei ermäßigten Preisen. Tjo Ni En. Die Abendvorstellung fällt aus.  
Fr. Renz, Kommissionsrat.

## Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.  
Täglich Abends 7 1/2 Uhr:  
**Texas Jack's American**  
Prairie Life-Show.  
Illustrationen aus dem amerikanischen Plantagen- und Prairieleben.

## Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20.  
Säle und Vereinszimmer  
von 20-600 Personen.  
**Säle**  
am Sonnabend nach Weihnacht und am Sylvester noch frei. 1697b  
**Arminhallen.**

## Friedrichshagen.

**Schulze's Bierhallen**  
Friedrichstrasse 135  
neben dem Brauerei-Auschanzlokal d. Brauerei Müggelschlöbchen. Empfehle den geehrten Vereinen u. Gesellschaften, sowie einem Friedrichshagen besuchenden Publikum mein reizend gelegenes Lokal, Saal mit Pianino, Gesellschaftszimmer, Billard, gr. Ausspannung etc. Ein vorzügliches Glas Lagerbier, eine ff. Weisse, sowie eine vorzügliche Tasse Kaffee stets vorrätig. Außerdem empfehle meinen reichhaltigen Frühstück- und Mittagstisch, sowie eine reichhaltige Abend-Speisekarte in bekannter Güte zu soliden Preisen. Bemerkte außerdem noch, daß den geehrten Damen meine Kaffeekeise auch während der Wintermonate zur Verfügung steht. Um zahlreichen Besuch bittet ergebenst  
1818L] **Fr. Schulze.**

**Herm. Ramlow's**  
Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.  
Zimmer (60-80 Person.) für Vereine und Festlichkeiten. 10912\*  
135 Schönhauser Allee 135.

Am Sonntag, den 23. Dezember, Nachm. 2 1/2 Uhr:  
**III. Serie. (Lessing-Theater.) VI. Abtheilung.**  
**Die Stützen der Gesellschaft.**  
**IV. Serie. (National-Theater.) III. Abtheilung.**  
**Hildegard Scholl.** Vorher: **Ehrensoldaten.**  
Diejenigen Mitglieder der I. Abtheilung, die der Vorstellung am dritten Feiertag (27. Dezember) aus beruflichen Gründen nicht beiwohnen können, haben das Recht, die Vorstellung irgend einer anderen Abtheilung zu besuchen. Indessen werden die Mitglieder dringend gebeten, wenn es ihnen irgendwie möglich ist, die Vorstellung am 27. Dezember zu besuchen.  
**Der Vorstand der Freien Volksbühne.**  
294/10 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

**Restaurant Vorwärts**  
Frankfurt a. O., Breitestrasse 33  
(Eigentum und Betriebslokal der Frankfurter Parteigenossen)  
empfiehlt den Auswärtigen bei ihrer Verührung Frankfurts seine auf das Sauberste eingerichteten **Lokalitäten.**  
Reichhaltige Parteiliteratur, ff. Bier, vorzügliche Küche.

**Dankagung.**  
Für die überaus rege Beteiligung, sowie für die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank.  
1871b **Wwe. Clara Busemann.**

## Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen- und Lehrlinge.

Nach § 48 des Statuts sind für das Jahr 1895 die Neuwahlen der Delegirten zur Generalversammlung vorzunehmen.  
Zu wählen sind durch die der Kasse zugehörigen 154,12 Arbeitgeber 76 Delegirte, durch die Kassen-Mitglieder aus ihrer Mitte 105 männliche u. 51 weibl. Delegirte.  
Wahlberechtigt sind diejenigen Arbeitgeber, welche Beiträge für Kassenmitglieder zur Kasse einzahlen und diejenigen Arbeitnehmer, welche zur Zeit das Recht der Kassen-Mitgliedschaft besitzen.  
Die Arbeitgeber sind nach § 38a des Krankenversicherungsgesetzes berechtigt, ihr Stimmrecht durch ihre Geschäftsführer oder Betriebsbeamten ausüben zu lassen, sofern sie hiervon dem Kassenvorstande vor Beginn der Versammlung schriftlich Anzeige machen.  
Die von den Arbeitgebern zu wählenden Delegirten müssen der Kasse zugehörige Arbeitgeber bezw. Geschäftsführer oder Betriebsbeamte von solchen sein.  
Die von den Kassen-Mitgliedern zu wählenden Delegirten müssen die Kassen-Mitgliedschaft besitzen.  
Die Wähler und Gewählten müssen außerdem großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein.  
Wir laden deshalb die Wahlberechtigten zur Vornahme der Delegirtenwahlen nach dem

Bürgersaal des Rathhauses und zwar die Kassenmitglieder für Freitag, den 28. Dezember, Abends 9 Uhr,

die Arbeitgeber für Sonnabend, 29. Dezember, Abends 8 Uhr, ein, mit dem Bemerkten, daß der Wahlakt eine Stunde nach Beginn der Wahlversammlung geschlossen werden wird. Die Zulassung zur Wahl geschieht nur auf Grund von Legitimationsscheinen, welche Arbeitgeber und Kassenmitglieder unentgeltlich aus unserem Kassenlokal beziehen können.  
Berlin, den 20. Dezember 1894.  
Für den Vorstand der Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen- und Lehrlinge.  
Der Magistrats-Kommissar. Frieppde.

**Verband der Sattler.**  
**Versammlung**  
am Sonnabend, den 22. Dezember ev., Abends 8 1/2 Uhr, bei Wiedede, Alte Jakobstraße 85.  
Tagesordnung: 2143  
1. Vorlesung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Neu eröffnet.**  
**Louis Keller's Festsäle,**  
29, Koppenstrasse 29.  
Grosser Festsaal 3000 Pers.  
kleiner Festsaal 600 "  
mit großen festlichen Nebenzimmern.  
Im Tunnel:  
Vereins-Saal 300 Personen.  
3 vorz. Regalbahnen, Tagesrestaurant.  
Empfehle mein Restaurant als angenehmen Familienaufenthalt.  
2 große Vereinszimmer, 50-80 Personen, Winter-Regalbahn noch einige Tage frei. **Restaurant Seiffert,** 1678b 121. Oranienstr. 121.  
J. A.: Oswald Grauer.

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
**Weihnachtsferien**  
vom 22. Dez. bis inkl. 3. Jan. 95.  
Näheres erfolgt durch später veröffentlichten Lehrplan. 55/19  
Der Vorstand.

**Uhren- u. Goldwaaren,**  
gut u. billig, da ich Ladenmiete er spare, jede Uhr zu repariren u. reinigen. **Feder** unter Garantie 1,25 M. **Hirschfeld,** Uhrmacher, Rosenhalestr. 57 v. 2 Tr

**!! Billige Offerte !!**  
Ich offerire, so lange der Vorrath reicht  
**1 großen Posten Teppiche**  
plüschartiges, dauerhaftes Gewebe, mit kleinen Farbentheilern, in Blumen-Stil u. altdeutschen Mustern, auf rothem, schwarzem, blauem oder hellem Grund  
ca. 135 cm breit, 200 cm lang M. 7,50  
" 170 " 240 " " 15,50  
" 200 " 300 " " 22,50  
" 270 " 350 " " 35,-  
dazu passende Bettvorlagen  
85/45 cm M. 1,50, 115/60 cm M. 2,50.  
Ferner:

**1 Posten Lijndeden** in Fantasio, Gobella und Plüsch für halben Preis.  
**1 Posten Portieren** 110 cm breit, ca. 330 cm lg. ohne Fehler, in verschied. Farben, per Shawl nur M. 1,75  
**1 Posten schwere Gardinen,** cramo und weiss, per Fenster von Mk. 2,50 an,  
**1 gr. Posten echter Ziegenfelle** in grau und weiss, per Stück . . . nur M. 4,60 sowie  
**1 Posten reinwollene Steppdecken** in blau, roth und grün, 160 cm breit, 200 cm lang, per Stück nur M. 5,75.

## J. Adler, Teppich-fabrik

Berlin C., Spandauerstr. 30  
vis-à-vis dem Rathhause.  
Billigste, älteste und beste Bezugsquelle Berlins.  
Besichtigung der Waaren, ohne jeden Kaufzwang, jederzeit gern gestattet. 236M

**Nähmaschinen** aller Systeme billig. **C. Dath,** Berlin: Adersstraße 64; Köpenick: Grünstr. 34.  
**Pelerinen, Capes,** als Muster-vorlage, vom Konfektions-schneider, leibweise gegen Entgelt gesucht. Off. an Krause, Exp. d. Bl. 16706

**Jackets, Capes, Röder** billig zu haben bei **Drescher, Schneidermeister,** Sebaftianstr. 9, 3 Tr. 1677b

**Anregende Beschäftigung für Kinder!**  
Figuren-Malerei durch Schablone (à Dyd. sortirt 1 Mark) zur Herstellung von Silberbogen in beliebiger Anzahl, Zusammenstellung und Farbenwahl.  
Für Mädchen: Schablone-lästen zur Wäscheiderei und Monogramme von 25 Pf. an bis 3,50. Stickerahmen etc.  
Für Herren: Stempel-Medaillon, Selbstfärberei und Kastenstempel mit Namen, Stand, Wohnung von 1 M. an bis 5 M.

**Gravir-Anstalt H. Gutmann,** an Rosenhalestr. 9, Thor.  
Versandt gegen Nachnahme.  
Beere Cigarrentaschen verkauft billig  
Deussstr. 4. 1682b

## Buchhandlung des Vorwärts

Berlin SW., Seuthstraße 2.  
**Achtung!**  
Vorausichtlich gelangt die Nummer 220  
**Der wahre Jacob**  
am Sonnabend, den 22. Dezember, früh 8 Uhr, zur Ausgabe.

**Ed-Deffillation,** Partel-Restaur., gut geb., bill. zu verk. da die Frau krank u. der Mann feste Stellung hat. Näh. Steibe, Deussstr. 15. 1681b  
Wer eine wirklich gute Uhr braucht, kauft sie am billigsten beim  
**Uhrmacher Moritz Kluge,** Bergstraße 6.  
Auch werden daselbst kranke Uhren vollständig wieder gesund gemacht. Gebrauchte Uhren spottbillig. 1681b

**Milchkübel,** Kannen, Saiten, Made, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Butterkneten, Drehtrollen.  
**Jordan,** Al. Marckstr. 28.

Aquarium, Harmonika, silberne Uhr zu verk. bei **Gros,** Stieglitzstr. 61.

## Restauration

wegen Uebernahme ein. größ. billig zu verk. **Reichenbergerstr. 40/41.**  
Vereinszimmer m. Piano empf. **Bel.** u. **Genossen Kurth,** Wrangeistr. 109.  
**D. b. Herren,** w. a. Sonnabend, 15. d. M., im Restaurant **Beyer,** Jakobstr. 187, zw. 6 und 7/27 anwesend w. v. geh. ihre w. Abreise unter R. B. in der Exped. d. Bl. abzugeben.  
Empfehle allen Freunden u. Genossen mein **Schuh- und Stiefel-Feger.**  
**G. Kördel,** Forsterstr. 5.

## W. Noack's Konzert- u. Gesellschafts-Säle,

Brunnenstraße 16.  
Empfehle meine hochdeleganten Säle mit elektrischer Beleuchtung bis zu 800 Personen fassend zu Versammlungen, sowie für Vereine und Privat-Festlichkeiten zu den kulantesten Bedingungen.  
**W. Noack.**

## Karl Hörschlein,

101. Kloster-Straße 101.  
**Frühstück, Mittag- und Abendtisch.**  
**Ringsreies Bier. Clubzimmer.**  
Leistungsfähige ringsfreie Brauerei in nächster Nähe Berlins sucht einen Vertreter. Offerten unter E. B. 100 bitte in der Expedition des „Vorwärts“, Deuthstr. 2, niederzuliegen.  
Kanarienhähne v. 4 M. an. Baum u. Chorinerstr. 53. Auch Abends. 1643b

## Kanarien, Ausw. Berlin, Zimmerstr. 33

**Billige Waldbügel.**  
Stieglitz, Hänflinge, Zeigige, Staare, Finken, Kreuzschnäbel, Eichelhäken bei 1924b **Lorenz,** Staligerstr. 182.

**Wohnungen,** kleine freundl., sofort od. später. **Grünauerstr. 25.** 1688b\*  
Gneisenaufstr. 28 sind Hofwohn. und Kell. per sof. z. v. mit 1 Mon. Mietbe zu vergüt. 1672b

Freundlich möblierte Schlafstelle bei **Wwe. Schröder,** Reichenbergerstr. 63a.

## Arbeitsmarkt.

**Musikinstrumenten- Arbeiter-Streik!**  
Die Kollegen der Piano-Fabrik von **Görs & Kallmann** haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. **Inzug ist strengstens fernzuhalten.** 198/13  
Die Lohnkommission.

## Achtung, Tischler!

Inzug u. d. **Rüchennöbel-Fabrik** von **Oskar Springer,** Generalstraße 8, Weichensee, ist unbedingt fern zu halten. 143/13\*  
Die Kontrollkommission.

**Tücht. Magazinvorwarter** für eine Maschinenfabrik per 1. Jan. 1895 gef. **Jänike u. Co.,** Al. d. Michaelbrücke 1.  
Geübte **Kurbelstepper** und **Kurbelstepperinnen** finden anhaltende Beschäftigung  
1679b  
Oberwasserstr. 10, 2 Tr.



# 2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 297.

Freitag, den 21. Dezember 1894.

11. Jahrg.

## Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

### Bojkottiertes Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Wichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschöpfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Nathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jub. Max Demhardt, N.W., Hannoversche Str. 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Liebenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O. Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, G. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschöpfchen, Eberswalde. Niederlage E. D. Menter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Strausberg. Niederlage Brauerei Ponisenstadt, Alte Jakobstraße 9.
- Louisen-Brauerei, Bellermaunstr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
- Brauerei Datz, Freienwalde a. O. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde. Niederlage Gust. Spielermann, Kraußstr. 48, Tel. VII. 1487.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin. Niederlage Marthen, Bellermaunstr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

### Der

### „Verein für Kinder-Volksküchen“

versendet mit der Bitte um Abdruck folgenden Aufruf an die gesamte Presse ohne Unterscheidung der Parteirichtung:

Welches Menschenherz erbebt nicht bei dem Gedanken, daß es hungernde Kinder giebt! Leider wird dieser Gedanke zur Thatsache, sobald Arbeitslosigkeit oder Krankheit in die Häuser unserer armen Mitbürger eingehen, dann sind es die Kinder, die diese Noth schwer empfinden müssen. Um diesem Uebel nach Kräften zu steuern, sind die Kinder-Volksküchen errichtet. Laufende Mütter, die außerhalb des Hauses arbeiten, segnen diese Stelle wahrer Menschenliebe, wo ihre Kinder, die sonst Mittags entweder ein Stückchen Brot zu Hause vorfinden, oder sogar sich dasselbe erst erbetteln müßten, nun unter Aufsicht und Fürsorge abler Frauen unentgeltlich gefüttert werden. Kindern von Wittwen, Arbeitslosen und Ehevorfassen wendet der Verein für Kinder-Volksküchen seine Hilfe zu, und in seinen 8 Anstalten erhalten täglich acht bis zehn Tausend Kinder ein kräftiges Mittagessen. Diese Kinder werden von den Rektorin der Schulen, von Armen-Rätzen und von wohlthätigen Vereinen als nothleidend recherchiert und uns zugewiesen; es sind dies aus 180 Schulen mit 180 Tausend Kindern die Vermissten der Armen. Die Menschenpflicht erheischt es, diese Kinder zu sättigen, wozu große Mittel erforderlich sind. Darum wenden wir uns an unsere Mitbürger mit der herzlichsten Bitte, uns Spenden zukommen zu lassen. Es werde zur Wahrheit, daß es in Berlin keine hungernden Kinder gebe. Es mögen die Eltern dadurch, daß wir ihnen in der schweren Sorge der Ernährung ihrer Kinder beistehen, Muth und Kraft finden, den Lebenskampf mit Eifer fortzuführen. Wir hoffen, daß jedes Haus eine Sammelstelle für unser edles Werk werde. Bei frohlichen und auch bei ernsten Gelegenheiten wird es gewiß vielen eine Herzensfreude sein, durch eine Spende oder eine veranstaltete Sammlung mit dazu beizutragen, die armen Kinderchen zu beglücken. Wir bitten, uns Beiträge anzuweisen und dieselben an unseren Schatzmeister Herrn Stadtverordneten Otto Lüben, Köpnickstr. 153, senden zu wollen.

Wir können diesen Ausführungen, soweit es sich um die darin angeführten Thatsachen handelt, um so eher beistimmen, da, wie unsere Leser wissen, die Noth der Proletarierkinder von uns lange vor Begründung der „Kinder-Volksküchen“, und zwar damals ausschließlich von uns, wiederholt in ihrem ganzen Umfang geschildert und an zahllosen Einzelbeispielen nachgewiesen worden ist. Wir haben damit freilich damals bei der bürgerlichen Klasse wenig Glück gehabt. Die Schilderungen wurden als bloße Rederhetze bezeichnet, und wer in Wort oder Schrift den Sach vertrat, daß es Pflicht der Gesellschaft sei, hier helfend einzutreten, der wurde einfach ausgelacht. Wenn jetzt der erwähnte Verein mit beinahe derselben Nützlichkeit von der Noth der Proletarierkinder spricht und sie wenigstens durch Privatwohlthätigkeit nach Kräften lindern will, so ist das zwar im Prinzip das Gegenstück von dem, was wir für richtig halten, aber es läge zunächst noch kein Grund vor, diesen Bestrebungen direkt feindselig entgegenzutreten. Wir machen es nicht wie gewisse Berliner Stadtverordnete, die einem auf Besserung der Lage der beschlossenen Klasse abzielenden Antrag schon deshalb entgegenzusetzen zu müssen glauben, weil er von sozialdemokratischer Seite kommt und dem sozialistischen Prinzip einige Geltung in der Kommuneverwaltung verheißt würde. Bekanntlich wird auch manches Unternehmen der Privatwohlthätigkeit, dessen Leiter nach ihrem bisherigen Verhalten frei von umeblischen Nebenabsichten scheinen, von Sozialdemokraten unterhoben. Aber diese sind sich darüber klar, daß es sich hierbei nur um eine augenblickliche und daher unzureichende Hilfe handeln kann, und sie verstehen darüber nicht die größere Aufgabe, eine dauernde Besserung der Lage des arbeitenden Volkes zu erreichen. Die Leiter der meisten anderen Wohlthätigkeits-Unternehmen wollen, obwohl auch sie sich über die Unzulänglichkeit einer nur augenblicklichen Hilfe klar sein müssen, doch das genaue Gegenstück. Sie wollen dadurch den auf dauernde Besserung der Lage des Proletariates gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie den Boden abgraben. Das ist ein fundamentaler Unterschied, und aus diesem Unterschied ergibt sich denn auch die Verschiedenheit der Stellung, die wir den erwähnten Unternehmungen gegenüber einzunehmen haben. Wie wir uns zum „Verein für Kinder-Volksküchen“ stellen, wissen unsere Leser zur Genüge. Wir haben uns wiederholt darüber geäußert (und verweisen dazu besonders auf die Nummern 115 und 250). Ueber die Beweggründe und eigentlichen Absichten der Leiter des Vereins ein vollkommen zuverlässiges Urtheil zu gewinnen, ist jaß unmöglich. Der Aufruf führt eine sehr entschiedene

Sprache, aber im Vorworte sind fünf Stadtverordnete, die bei anderen Gelegenheiten durch ihre Abstimmungen den Anschein erweckt haben, daß ihr Herz keineswegs bei dem Gedanken erbebt, daß es in Berlin hungernde Menschen, Kinder und Erwachsene, giebt. Unter den anderen, die den Aufruf mitunterzeichnet haben, sind neun weitere Stadtverordnete, von denen dasselbe gilt. Sie gehören sammt und sonders zu der „kompakten Majorität“, die alle arbeiterfreundlichen Anträge unserer Genossen im „rothen Hause“ kaltblütig ablehnt. Noch kürzlich haben sie durch die Bank den Antrag, die Verpflegung aller in Berliner Kollege untergebrachten städtischen Waisenkinder unter einem Jahr durch Erhöhung des Kostgeldes zu bessern, verworfen. Handelte es sich da nicht um eine Menschenpflicht? Auch wir wünschen, daß es dem Verein gelinge, recht viele hungernde Kinder zu sättigen. Aber die Mitwirkung einer so großen Zahl von Stadtverordneten der bezeichneten Richtung legt doch die Vermuthung nahe, daß sie weniger von Menschenfreundlichkeit als von dem Wunsch befeuert sind, den Verein als Mittel zum Zweck der finanziellen und moralischen Entlastung der Kommunalverwaltung zu benutzen, um später etwaigen hierauf bezüglichen Anträgen von sozialdemokratischer Seite von vornherein die Spitze abbrechen zu können. Die Vorgänge in der letzten Generalversammlung des Vereins (vgl. Nr. 250) sprechen gleichfalls für diese Vermuthung. Ueber die Erfolge des Vereins geben wir uns keiner Täuschung hin. Aus wohlthätigen Spenden allein werden die Mittel, die er braucht, nicht aufgebracht werden, und das Wort: „Es werde zur Wahrheit, daß es in Berlin keine hungernden Kinder gebe!“ wird so lange ein schöner Traum bleiben, als der Leiter des Vereins, seiner eigenen Aussage nach, das Heil hauptsächlich von der Privatwohlthätigkeit erwartet. Die Zahl der hungernden Kinder wird sich als immer größer herausstellen, je mehr Küchen eröffnet werden. Im Frühjahr wurden 4—5000 täglich gespeist, jetzt im Herbst sind es bereits 8—10 000, wenn 8 weitere Küchen eröffnet werden können, werden es 20 000 sein, und so fort. Kommen die Mittel dazu nicht zusammen, so müssen die anderen weiterwintern. Was die bürgerliche Klasse auch zu Gunsten des Proletariats unternimmt, sie wird selbst in dem besten Falle einer wirklich ehrlichen Absicht immer auf halbem Wege stehen bleiben. Oder sie müßte eben die Grundlagen antauchen, denen sie ihre Macht und ihren Bestand verdankt, und so sich selber vernichten — wozu sie sich gutwillig natürlich niemals bequemen wird.

## Versammlungen.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband hielt am 12. Dezember in Schöneberg eine Versammlung ab, in der Genosse Kasper über das Thema: „Gefährdungen im alten Rom.“ referirte. Die Versammlung erledigte hierauf, nachdem von einer Diskussion über den Vortrag Abstand genommen war, einige geschäftliche Angelegenheiten. Der Jahresbericht über die Thätigkeit der Ortsverwaltung wurde in zufriedenstellender Weise aufgenommen und erfolgte sodann die Wahl des Vorstandes, die nachstehendes Resultat ergab: Kleinschmidt, Bevollmächtigter; Leichert, Kassirer; Borby, Schatzmann und Groß, Revisoren. Wie mitgetheilt wurde, beabsichtigt der Verein eine Statistik über die Löhne und Anzahl der Arbeiter aufzunehmen. Die Kollegen werden deshalb vom Vorsitzenden ersucht, die dahingehenden Angaben recht bald und gewissenhaft zu übermitteln. Die nächste Versammlung findet am 9. Januar statt, und für den 2. Weihnachtstag wird der Verein bei Rehnert, Grünwaldstr. 110, ein Vergnügen arrangiren.

Die Deputation der Klasse III des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes hielten am 19. Dezember eine gut besuchte Versammlung ab, in der Kollege Hübsch über die wirtschaftliche Lage im vorbenannten Gewerbe referirte. Den trefflichen Ausführungen des Redners folgte eine längere Diskussion, an der sich die Kollegen Franz Lehien, Braun und Michaelis theilnahmen und die Mängel in den meisten Werkstätten kritisirten. Allseitig wurde den Anwesenden der Anschluß an die Organisation empfohlen, um der ausgedehnten Arbeitszeit endlich einen Damm entgegenzusetzen.

Die öffentliche Versammlung der Lederarbeiter (Weißgerber, Lederjurichter u.), welche am 15. d. Mts. im Viktoria-Salon (Babstraße) tagte, hörte mit regem Interesse einen vor trefflichen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Legien über das Thema: „Sind die Kämpfe der Arbeiter-Klassenkämpfe?“ Dem Vortrage folgte eine animirte Diskussion, die zur Annahme einer Resolution führte, die sich der Quintessenz des Vortrages entsprechend, für festen Zusammenhalt in gewerkschaftlicher Organisation ausspricht. Hierauf legte der Vertrauensmann Ernst den Kassensbericht vom lokalen öffentlichen Unterhuhungslonds vor. Derselbe umfaßt die Zeit vom 2. Juni bis 24. November d. J. und ergab neben einem vorhandenen Bestande von 145 M. 7 Pf., eine Einnahme von 901 M. 45 Pf., eine Ausgabe von 799,88 M., und einen verbleibenden Bestand von 307,19 M. Der Vertrauensmann wurde einstimmig entlastet. Derselbe legte sodann ein interessantes statistisches Material über die einzelnen Fabriken vor, aus dem ersichtlich, daß die Organisation trotz ihrer verhältnismäßigen Stärke doch bei weitem noch nicht alle Lederarbeiter umfaßt. Da die Geschäftsjunktur jetzt eine bessere ist, wurde die Frage einer Lohnbewegung angeregt, um die früheren Löhne wieder zu erzielen. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, diese Frage mit den Vertrauensmännern der einzelnen Fabriken reichlich zu berathen und über das Resultat in einer im Januar n. J. stattzuhabenden öffentlichen Versammlung Bericht zu erstatten.

Eine Versammlung der Steinsehergesellen hatte der Gesellenausschuß zum 16. d. Mts. einberufen bezw. Bericht-erstattung über den Beschluß der Innung, die Löhne für das Jahr 1895 betreffend. Es war dies die erste Versammlung, welche derselbe in seiner Amtsperiode einberufen hatte und war dieselbe namentlich von organisirten Verbandsgesellen besucht, die denn auch eine Bureauwahl durchsetzten. Die Bestrebungen der organisirten Gesellen gehen bekanntlich dahin, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen. Der Beschluß der Innung will, daß die bisherigen Löhne (55—60 Pf. pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit) auch weiterhin gelten sollen, wie überhaupt der ganze Tarif. Der Altgeselle Weller erklärte verbindlich, auf dem Boden der neunstündigen Arbeitszeit zu stehen, jedoch nur zu einem Stundenlohn von 65 Pf., um sich vor zu großem Schaden zu bewahren. Knoll widerlegte die Ansicht der Lohnschädigung durch die neunstündige Arbeitszeit, die Nothwendigkeit der Einführung derselben erklärend. In der folgenden lebhaften Debatte kam es zu interessanten Auseinandersetzungen zwischen Verbands- und Gewerkschaftsgesellen, in welchen das von den letzteren vertretene „Paronotprinzip“ arg gerügt wurde. Auch wurde dem gegen den Willen der Gesellenchaft von den Meistern ernannten Gesellenausschuße ein langes Sündenregister vorgehalten und

darauf verwiesen, daß die Meister im verfloffenen Jahre den Tarif gar vielfach ignorirt haben, ohne daß der Gesellenausschuß sich veranlaßt gesehen hätte, dagegen etwas zu thun. Auch wurde darauf hingewiesen, daß keinerlei Garantie vorhanden sei, daß der Tarif fernerhin begahrt werden würde. Beantragt wurde folgende Resolution:

Die Versammlung nimmt Kenntniß von den Beschlüssen der Innung bezüglich der Lohnfrage und erklärt: Zur Aufrechterhaltung der einzelnen Punkte des Tarifs ist es erforderlich, einen neuen Gesellenausschuß zu wählen, da sie den jetzigen Ausschuß hierzu nicht für fähig hält und beauftragt denselben, zu diesem Zwecke die nöthigen Schritte zur baldigen Einberufung einer diesbezüglichen Wahlversammlung zu thun.“ Diese von Knoll beantragte Resolution wurde durch Stimmengleichheit abgelehnt.

Der Zentralverband deutscher Maurer hielt am 16. Dezember eine Versammlung ab. Da der Referent, Genosse Kaulsch, nicht erschienen war, mußte von einem Vortrag Abstand genommen werden, und ging die Versammlung sogleich zur Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten über. Unter anderem wurde über die Anregung zu einer Statistik berathen. Gegen diesen Vorschlag wendeten sich mehrere Redner mit der Begründung, daß bei der unregelmäßigen Arbeitsweise es kaum möglich sein wird, zuverlässiges Material zusammen zu bringen. Demgemäß sah man von der Theilnahme an der Statistik ab.

Der Verein der Zimmerer tagte am 16. Dezember. Beschlissen wird zunächst, die Broschüre über Submissionswesen den Vereinsmitgliedern zu verabfolgen. Hierauf tritt die Versammlung in die Diskussion des am 18. November gehaltenen Vortrages „Kapital und Arbeit“ ein. Päßler verwarf den Parlamentarismus, die Motive desselben führen zur Verwahrung. Genosse Barm widerlegte diese Ausführungen glänzend, indem er die ganzen nützlichen Gründe des Begnens zerpflichtete. Aus dem reichen Beifall, der dem Genossen Barm gesollt wurde, ersah man, daß die Versammlung sich mit seinen Ausführungen einverstanden erklärte. Der vorgedachten Zeit halber nahm man von einer weiteren Diskussion Abstand. Der Vorsitzende schloß daher die Versammlung mit der Bitte, recht rege für die nächste General-Versammlung zu agitiren.

Ein Vortrage über die wirtschaftlichen Krisen und ihre Wirkung, hielt der Stadtverordnete Brun am 17. Dezember vor den Wählern, die sich im Wilsch'schen Lokal versammelt hatten. Die Anwesenden dankten dem Vortragenden durch reichlichen Beifall für die fesselnde Schilderung des wirtschaftlichen Lebens. — Da in mehreren Werkstätten des Ostens wiederholt Verhältnisse gegen das Prinzip der Organisation insoweit vorgekommen sind, daß nach Feierabend und Sonntags gearbeitet wurde, so hatte man die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter speziell zu der Versammlung eingeladen; wenige waren jedoch nur erschienen. Die bei Kühne, Fruchtstraße 26, und Wiese, Adalbertstr. 82, beschäftigten Politiker waren trotz der dringendsten Aufforderung ebenfalls ausgeblieben. Weber tabelte das Verhalten dieser Auchkollegen mit scharfen Worten. Ledertaus und Meise, ebenso wie Kluge und Wolf erörterten in längeren Ausführungen, wie den Indifferenten gegenüber die Agitation zu betreiben sei. Am 8. Weihnachtstag feierte eine Agitations-Versammlung für den Norden im Gröndel'schen Lokale statt.

Der Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Federgalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 17. d. Mts. eine Versammlung ab, in der Herr Schulz über das Thema: „Die Dichtung im gegenwärtigen Kampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ referirte. Zur Verhandlung standen sodann Vereinsangelegenheiten. Die Abrechnung vom Herbstvergnügen ergab einen Ueberschuß von 237,20 M. Ein Antrag, den arbeitslosen Mitgliedern, welche 13 Wochen Beiträge bezahlt haben, 3 M. zu bewilligen, wird angenommen. Das Benehmen des Kassendirektors Meyer, von dem behauptet wird, daß er gegen den Verband und den Arbeitsnachweis austritt, fand allgemeine Mißbilligung. Wie ferner mitgetheilt wird, sind bei der Firma Langer u. Co. 3 Kollegen gemahregelt, die Stellen sind durch Leipziger Kollegen besetzt.

Eine öffentliche Versammlung der Tapezierer tagte am 18. Dezember in den „Krimmhallen“. Genosse Mattkat referirte über den Bierbojott. Redner behandelte hierbei eingehend die Wichtigkeit desselben für die Gewerkschaften. Allseitig wurde in der Diskussion zur ferneren energischen Mittheilung bei der Weiterführung des Boykotts aufgefordert. Hierauf gab der Kollege Wenzel die Vierteljahrs-Abrechnung der Agitationskommission. Die Einnahmen aus Markenverkauf und Zeller-sammlungen betrugen 129,35 M., hierzu wurden von der Spar-kasse 200 M. abgehoben, so daß die Gesamtsumme 329,35 M. betrug. An Ausgaben sind 208,84 M. zu verzeichnen, sonach blieb ein Bestand von 120,51 M. Die Abrechnung vom Streit soll zwischen Weihnachten und Neujahr angenommen werden. Die Dis-kussionredner zu diesem Punkt verlangten, daß diejenigen, die bis zur festgesetzten Zeit ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind, bestraft werden.

Der Arbeiter-Bildungsverein zu Schöneberg hielt am 17. d. Mts. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Referat des Genossen Jaekel über das Thema: „Der Diebstahl in der heutigen Gesellschaft.“ Treffend beleuchtete Redner in seinem Vortrage die wirtschaftliche Misere und wieß statistisch nach, daß mit dem stetigen Steigen der Lebensmittelpreise, auch das Vergeben an fremdes Eigenthum gleichen Schritt hält; wobei ein enger Zusammenhang besteht zwischen den materiellen Verhältnissen und den sittlichen Zuständen in der menschlichen Gesellschaft. Hierauf folgte eine längere Diskussion im Sinne des Referats. Unter Vereinsangelegenheiten theilte der Vorsitzende mit, daß das Mitglied, Gauwirth Schlage, vom Verein ausgeschlossen sei. Mit einem Hinweiss auf die nächste General-versammlung, die am 7. Januar 1895 stattfindet, erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Niedorf. In einer öffentlichen Versammlung der Maurer, die hier am 12. Dezember tagte, referirte Genosse Schulz über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Maurergewerbe. Die Ausführungen des Redners fanden in der Versammlung allseitige Zustimmung und wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Hierauf erfolgte die Abrechnung des Vertrauensmannes, die aber von der Versammlung zur abermaligen Berichterstattung zurücks-gewiesen wurde, weil bei der Revision nur ein Revisor zugegen war. Das Amt des Vertrauensmannes wurde dem Kollegen Sadegast übertragen. In die Gewerkschafts-Kommission delegirte die Versammlung den Kollegen Orlert. Nach einem kräftigen Appell an die Anwesenden zum Anschluß an die Organi-sation, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Zu Weihnachtsgeschenken für Kinder von 7-14 Jahren eignet sich hervorragend:  
**Märchenbuch**  
für die Kinder des Proletariats. 160 Seiten mit 50 Buntbildern, elegant gebunden Preis 1 Mark.  
Zu beziehen durch alle Parteiluchhandlungen, Kolportage und Zeitung-Spediteure, sowie vom Verlag Hans Baake, City-Passage.

**Mehl**  
1 Pfd. 11 Pf., 1 Pfd. 13, 1 Pfd. 15, 1 Pfd. 18  
5 50 5 60,5 70,5 85  
Or. Rosinen 1 Pfd. 30 Pf., Sultan-Nosinen 1 Pfd. 25 Pf., Korinthen 1 Pfd. 20 Pf., 2 Pfd. 35 Pf., süße Mandeln 1 Pfd. 70 Pf., Citronat 1 Pfd. 70 Pf., Zucker ff. und grob 2 Pfd. 45 Pf., große Eier 70 Pf., feinste Butter 1 Pfd. 1,00, 1,10, 1,20 Pf., B. Schmalz 1 Pfd. 50 Pf., Erbsen, grüne 2 Pfd. 25 Pf., kleine 2 Pfd. 25, gr. 2 Pfd. 25, geschälte 2 Pfd. 35 Pf., Linsen 1 Pfd. 10 Pf., mittel 2 Pfd. 25, große 2 Pfd. 35 Pf., Bohnen 10 Pf., 15 Pf. pro Pfund.

Petroleum, der volle Liter 14 Pf. Salon 16  
Neu! Rosenpetroleum, d. v. 20 Pf. Neu!  
M. W. Walter,  
Hochmeisterstr. 1, Ecke Böttcherstraße.

Feste Preise.  
gute Uhren  
denn dies sind die billigsten Uhren empfiehlt die Uhren-Fabrik von C. Jägermann  
Nachfolger  
Berlin W., Friedrichstr. 77,  
nahe Jägerstraße.

H. A. U. Wackeruhren, Mk. 2,90.  
best. deutsch. Fabrik.  
Solide, gute Nickel-Remontoir-Uhren . . . „ 9-10.  
Silberne Ia. Rem. m. Goldrand, Marke Teutonia Mk. 20.  
Silberne do. do. mit Goldrand Marke Jägermann „ 25.  
Goldene, gute Damenuhren, 10 Steine . . . „ 25.  
do. 14karät., starke Gehäuse . . . . . „ 36-50.  
Regulateure } „ 12-35.  
14 Tage gehend, in Nassbaumgeh. i. 100 versch. Ausführung.

Jede Uhr ist sorgfältig abgezogen und gut reguliert und wird für guten Gang 3 Jahre schriftlich garantiert.  
Es wird freundlichst gebeten, die Preise in meinem Schaufenster zu beachten!

**Chemische Waschanstalt und Färberei.**  
Reinigung von Damen- und Herren-Kleidern etc.  
Ganze Wohnungs-Einrichtungen werden zur Reinigung übernommen.  
Spezialität für Gardinen, echte Spitzen, Ateliers für Ausbesserung von Damen- und Herren-garderobe. Glanzentfernung blaugetragener Rammgarne etc.  
Billige Preise. Aufm. Bedienung.  
Hauptgesch.: Kaiser Wilhelmstr. 18f. Fabrik: Alexanderstr. 11.  
M. Knerich & J. Nährig.

**37** Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Alléidewaren (Gg. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37** Admiral-Strasse **37**

Berliner Kaffee-Mischung Pfund 40 Pf., empfiehlt Ed. Schreiber, Weinmeisterstr. 8

**Pelzwaren-Fabrik, Göbel & Reinecke**  
Eingelverf. z. Fabrikpreisen.  
Verkaufsstellen direkt in der Fabrik  
Stallschreiber-Strasse No 50/51, 1 (Ecke Alexandrinenstr.) und Jerusalem-Strasse 65 (Ecke an der Kirche).  
Sämtliche Waaren sind aus besten Winterjellen unter unserer eigenen fachmännischen Leitung hergestellt. Telefon Amt IV 9790.

**Haus- und Küchengeräte PAUL KREBS**  
Nr. 42 Grüner Weg. Berlin O. Grüner Weg Nr. 42.  
Als praktische und nützliche Weihnachtsgeschenke empfichle:  
Fleischhack- und Wringmaschinen, Fleischschneider und Reibe-Maschinen, Küchenwaagen, Schirmhänder, Ofenvorsetzer, Kupfer- u. Messingkessel, Hausapotheken, Gewürzschränke, Servierbretter mit u. ohne Einlage, Nickelplattirte Kasser- u. Theeservice, Theekessel in Nickel u. Emaille, Nickelplatt. Sables u. Brotkörbe, Schlitzen- u. Schlittschuhe, Kinder-Hobelbänke, Laubsägekästen, Solinger Stahlwaaren.  
**Neu! Der Weihnachtsmann. Neu!**  
Weihnachtsbaumtuss mit Wasserbehälter, 10 Kilo schwer, vermeidet das Umfallen des Baumes, d. Feuersgefahr (ow. das Abfallen der Nadeln).  
**Neu! Weihnachtsbaum-Schraubendechter! Neu!**  
Kochmaschinen, Werkzeugkasten, Zinnsoldaten. Emaillewaaren zu Fabrikpreisen.

**Weihnachten ohne Halb und Halb Mampe mit Pomeranzen**  
Ist nur ein halbes Weihnachten.  
Meine Frau kann nicht genug davon bekommen.  
Champagner-Flasche wird überall für Mark 1,25 verkauft.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur. sofort. Theilzahlung. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 14756

Auf 3 Mark **Honigkuchen** Auf 3 Mark  
1 Mark Rabatt! 1 Mark Rabatt!  
billig und gut! billig und gut!  
**G. Cyliax,** Honigkuchen-, Chocoladen- und Confituren-Fabrik, Dresdenstr. 24. Telefon IV. 1296.  
Verkaufsstellen: Dresdenstr. 24. - Friedrichstraße 227. Kommandantenstraße 67.

**Spezial-Geschäft für Mehl und Hülsenfrüchte, sämtliche Kolonial- und Backwaaren, Vogelfutter.**  
**A. Gauert, N., Oderbergerstrasse 7.**  
10905  
große Auswahl in 103 Bildern, Haus-segen, Jugendstr., Märchenbüchern, Gedichtbüchern etc. Th. Mayhofer Nil. Soj. altem. Buchhandl. Berlin N., Weinbergweg 15b.

**Rum**  
amerkannt gut. Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10. bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.  
Gluhwein-Extrakt, hochfein, Literflasche 1,30, 5 Liter 5,50.  
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50. 10 Liter 10,-.  
Jagber-Likör, magenhärtend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,-.  
Himbeer-Kirsch-Johannisbeersaft, vorzügl., Literflasche à 1,30.  
Eugen Neumann & Co., Ga. Belle-Alliance-Platz 6a.  
81, Neue Friedrichstr. 81. 8, Oranienstr. 8. 29, Genthinerstr. 29.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten  
**!! billigster Einkauf!!**  
**W. Hermann Müller**  
Berlin  
Alexanderstr. 22.  
Streng reelle Bedienung.  
Creditgewahrung nach Uebereinkunft!!  
Ein Jeder mache den Versuch.  
Alte Stiefel v. 1 M. an, Sohlen u. Felle v. 2 M. an.  
Runge, Reichenbergerstr. 178. 16788

**W. Flade, Uhrmacher,**  
113 Brunnenstraße 113  
Uhren, Ketten, Gold- und Silberwaaren. 1190L\*  
Reparatur-Werkstatt.

**Gardinen-Fabrik**  
Kein Laden. Großes Lager gestickter und engl. Füllgardinen, Stores, weiß und creme. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. z. den billigst. Fabrikpreisen.  
E. Knape aus Eutschi. Sackstr. 125. Staligerstr. 125, Laden.  
Winterpaletots M. 9,-  
Rammgar: nanjüge, neu u. alt 8,-  
Dosen, schlaube Muster 2,50  
Eingetragene Feder's spottbillig.  
Bitte genau auf Staligerstraße zu achten! 125

**Belegenhaitkauf**  
für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn 1., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Angahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Musikleider-spinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-schreibische, Damen-schreibische 30, Eplinderbureau's, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneel-sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Couchentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbelager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

**Roh-Tabak**  
**A. Goldschmidt, 4435L\***  
ein bieigste Blase wie bekannt **größte Auswahl!**  
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohstoffe sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**

Meine Hüte mit Kontroll-marke, sowie alle Sorten Mützen, Schirme u. Sidsche bringe den Genossen und sonstigen Bekannten in empfehlende Erinnerung.  
**Ww. Polvogt,** Gledichstr. 52, Mitte Winterfeldplatz

**Beste Bezugsquelle für Mehle, Hülsenfrüchte etc. etc.**  
per Pfd.  
Extra-Kaiser-Auszug . . . 18 Pf.  
Kaiser-Auszug . . . . . 14 „  
Weißweizenmehl (2 Pfd.) 25 „  
Gutes Weizenmehl . . . 11 „  
Bestes Roggenmehl . . 12 „  
Zucker f. Raffinade 22 „  
Einsen . . . . . 9 „  
Weiße Bohnen . . . . . 10 „  
Süßerbiscuit, extra groß, groß (2 Pfd.) . . . . . 35-33 „  
Hartgries . . . . . 20 „  
Weizengries I, II 16-13 „  
etc. etc. 1489b

Lust & Co.,  
14, Brunnenstr. 14.

Das altbekannte **Mh. en. u. Goldwaaren-Geschäft von Paul Bähr**, gegründet 1850, ist immer **Staligerstr. 8.** Großes Lager noch **Regulateuren, Wand- u. Taschenglocken, Gold- u. Silberwaaren, Große Musikwerke, optische Waaren** in la. Qual. zu den billigst. Preisen. Die Uhren w. sauber abgez. u. 2 J. garant. Außerdem macht jede Reparatur a. Wand- u. Taschenuhren nitrg. bill. mehr, als Uhrm. P. Bähr.

**Bitte lesen Sie!**  
Nedem Genossen, der seinen Bedarf an **Winter-Baletots,** sowie Pelzwaren-Manteln, Joppen, Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., feiner Stiefeln, Hüten, Wädsche, Briten, goldenen und silbernen Herren- u. Damen-Uhren, Wafchkefeln, Reife- und Holzoffern u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu.

**A. Wergien,**  
Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler, 9298\*  
127 Staligerstraße 127.  
Feststellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.  
**Empfehle**  
25 Stk. Cigarren 1 M., 100 von 3,50 M. an, eig. Fabrikat, rein amerif. Tabak. Nippen à Pfd. 35 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.  
**C. Wolsdorf,** Wafferthor-Strasse Nr. 20.

Unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle  
**Acht Silber**  
Kronenremontoiruhr. 2 Jahre Garantie, kein Risiko, da Umtausch gegen-stalt. Gag. Nachr. M. 10. 50.  
Vorf. g. Präzision. Regulatur v. s. Louis Lehrfeld, Pforzheim, 198

und alle 1242L\*  
**Mehl Backzuthaten**  
Liefert in anerkannt vor-züglicher Güte jezt ganz besond. preisw.  
**P. Herrguth,** Berlin, Müllerstr. 180 (Beddinghof).  
Wiederverk. besond. Vorzugspreise.

**Musik-Instrumente.**  
Größtes Lager in Pithern, Violinen, Gitarren u. s. w. Sarrnonikas in allen Größen. Musikwerke zum Drehen u. selbst-spielend. Feierkasten, gebrauchte, verkaufe billig  
**Aug. Kessler,** Laufferstr. 52 u. Staligerstr. 46 A.

**Brillante**  
4 Pf. Cigarro ist No. 32. Vor-züglicher Brand, Geruch und Geschmack.  
**Ewald Nitter, Berlin O.,** Andreasstr. 67, a. d. Langestr. Präsent-Cigarren von 25, 50 u. 100 Stück in großer Auswahl.

**Möbel-Gelegenheitskauf**  
zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleider-spinden u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtisletten, Küchen-spinden, Kommoden 12 M.; Stühle 8 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaus 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silber-schreibische, Herren-Schreibische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau's, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand versäumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.  
**Schützenstr. 2, Möbel-Fabrik.**

**Sophasstoff-Reste**  
in Nips, Damast, Eröpe, Fantafie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquette's spottbillig!  
Proben franko! 5150L\*  
**Emil Lefèvre, Berlin S.,** Oranienstraße 158.

**Weihnachts-Ausverkauf.** Kinder-wagen, Puppenwagen, Kinder-Sportwagen. Halbe Fabrikpreise. **Wallstr. 19.**

**Musik-Instrumente**  
in allen Preislagen. Fantasie-Gegenstände, Kinder-Instrumente billig bei **J. Howe & Co.,** 16565 8 Andreasstraße 8.

**Gardinen-Reste**  
zu 1-4 Fenstern passend. spottbilligst in der Fabrik **Grüner Weg 80**, part. Eingang vom Flur.  
Der billigste und zuverlässigste Uhren-Einkauf sowie Reparatur ist unweifel-haft bei 254L\*  
**Albin Grüger, Uhrmacher,** Oranienstr. 1, Berlin SO.  
Nickel-Cylind.-Remont. von 5 M. an. Silbernes . . . . . 12 „  
Goldene Damen-Remont. . . . . 22 „  
Goldene Herren-Remont. . . . . 36 „  
Gehr. silb. Cylinderuhren 8 „  
Regulateure m. Schlagz. 16 „  
Wanduhren, Nickel-Wecker, Katten etc. Verzugshalber: 1448b  
Kleider-spinden 18, Musikleider-spinden 28, Kommoden 15, Bettstellen mit Feder-boden 29, Sophas 29, Plüschgarnitur, Trumeau, Küchenmöbel spottbillig Volkstr. 75, Liden.

**Sonnen- und Regenschirme**  
empfehle 1498b  
Gustav Feig, S., Bärchenstr. 11, part. Reparaturen schnell und billig.  
Erfindungen, 1636b  
Ideen werden ausgearbeitet resp. verbessert, streng reell und verschwiegen Erdmannstr. 7, Hof r. 4 Tr.  
**Stoppdecken** auch einzeln, in der Fabrik Oranienstr. 126-7.